

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Breis pränumerando:
Herteljahr 2,50 RM, monatl. 1,10 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgepaltenen Kolonelle
oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Berichts-Anzeigen 30 Pfg.

Telegraphisch:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 2. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplan, Nr. 151 90-151 97.

Die Festung Luck genommen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den
1. September 1915. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.
Nordwestlich von Bapaume wurde ein englisches
Flugzeug von einem unserer Flieger heruntergeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
Die Feinde des Rjemen nehmen die Kämpfe ihren
Fortgang.

Auf der Westfront von Grodno stehen unsere
Truppen vor der äußeren Fortlinie.

Zwischen Odelsk (östlich von Sokolka) und dem
Bialowieza-Forst wurde weiter verfolgt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Der Oberlauf des Raraw ist überschritten;
nördlich von Pruzana ist der Feind über das Sumpfs-
gebiet zurückgedrängt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
Die Verfolgung blieb im Gange; wo der Feind sich
stellte, wurde er geworfen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals Grafen Bothmer stürmten
gegen hartnäckigen feindlichen Widerstand die Höhen
des östlichen Strypa-Nfers bei und nördlich von
Zborow. Der vorübergehende Aufenthalt durch russische
Gegenstöße ist nach Abwehr derselben überwunden.

Die Höhe der im Monat August von deut-
schen Truppen auf dem östlichen und südöst-
lichen Kriegsschauplatz gemachten Gefangenen und des
erbeuteten Kriegsmaterials beläuft sich auf

über 2000 Offiziere,
269 839 Mann an Gefangenen,
über 2200 Geschütze,
weit über 560 Maschinengewehre.

Hiervon entfallen auf Nowo rund 20 000 Ge-
fangene, 827 Geschütze.

Auf Nowo-Georgiewsk rund 90 000 Ge-
fangene (darunter 15 Generale und über 1000 andere
Offiziere), 1200 Geschütze, 150 Maschinengewehre.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Zählung der Geschütze und Maschinengewehre in
Nowo-Georgiewsk ist jedoch noch nicht abge-
schlossen, die der Maschinengewehre in Nowo hat noch
nicht begonnen. Die als Gesamtsumme angegebenen
Zahlen werden sich daher noch wesentlich erhöhen.

Die Vorräte an Munition, Lebensmitteln und Hafer
in beiden Festungen sind vorläufig nicht zu überschätzen.

Die Zahl der Gefangenen, die von deutschen und
österreichisch-ungarischen Truppen seit
dem 2. Mai, dem Beginn des Frühjahrsoffensivens in
Galizien, gemacht wurden, ist nunmehr auf weit über
eine Million gestiegen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. September. (W. T. V.) Amlich wird ver-
lautbart: 1. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Festung Luck ist seit gestern in unserer Hand.
Das altbewährte salzburgisch-österreichische Infanterie-
Regiment Erzherzog Rainer Nr. 59 warf die Russen mit dem
Bajonett aus dem Bahnhof und den verchanzten Barackenlagern
nördlich des Platzes und drang zugleich mit dem stüchtenden
Feind in die Stadt ein, die bis in die Abendstunden gesäubert
wurde. Der geschlagene Gegner wich gegen Süden und Süd-
osten zurück. Bei Bialy-Kamien in Nordost-
galizien durchbrach die Armee des Generals
v. Boehm-Ermolli in einer Ausdehnung von zwanzig
Kilometern die feindliche Linie. Die solcher Art er-
stittene doppelte Niederlage zwang alle noch westlich des
Strypa kämpfenden russischen Kräfte zum Rückzug hinter diesen
Fluß. Die rückgängige Bewegung des Feindes dehnt sich im Laufe
des heutigen Morgens auch auf die Front bei Zborow aus,
das gestern von der Armee des Generals Grafen Bothmer genommen
wurde. An der Strypa wird noch gekämpft. Einer der russischen
Gegenangriffe hatte gestern in der Gegend von Rozowa
eine deutsche und eine österreichisch-ungarische Brigade auf einige
Kilometer zurückgedrängt. Der von unseren Truppen zur Ver-
treibung des Feindes angesetzte Flankenstoß veranlaßte die Russen,
noch ehe er zur Wirkung kam, zum schleunigen Rückzug auf das
Düfer der Strypa. Auch nördlich Bugacz wurden mehrere
feindliche Angriffe abgewiesen, wobei der Gegner schwere Verluste erlitt.

Die Zahl der in den letzten Tagen in Ostgalizien und öst-
lich von Wladimir Wolynski eingebrachten Gefangenen
stieg auf 36 Offiziere und 15 250 Mann. Zus-
gesamt wurden im Monat August von den unter öster-
reichisch-ungarischem Oberbefehl kämpfenden verbündeten Truppen
190 Offiziere und 53 299 Mann gefangen, 34
Geschütze und 123 Maschinengewehre erbeutet.

Die Gesamtzahl der von diesen Streitkräften seit An-
fang Mai eingebrachten Gefangenen beläuft sich auf 2100
Offiziere und 64 200 Mann. Die Zahl der bei
diesen Operationen erbeuteten Geschütze stellt sich auf 394, die
der Maschinengewehre auf 1275.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz blieb die Lage un-
verändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Bulgariens Wirtschaftslage.

Schon vor einigen Wochen wurde fast gleichzeitig aus
Sofia und Konstantinopel gemeldet, die Verhandlungen
zwischen Bulgarien und der Türkei über einen bisher zur
Türkei gehörenden, an der Bahn von Rustafa Pascha nach
der bulgarischen Hafenstadt Vedeagatsch gelegenen Land-
streifen seien endlich zum Abschluß gekommen und beide
Staaten hätten auch bereits den Vertrag unterzeichnet, wenn-
gleich die offizielle Bekanntgabe dieser Unterzeichnung noch
nicht erfolgt sei. Dann hieß es bald darauf, wohl sei der Ver-
trag abgeschlossen, aber unterschrieben sei er noch nicht; sicher-
lich werde jedoch die Unterzeichnung in wenigen Tagen ge-
schehen und dann der Inhalt von dem Vertragschließenden ver-
öffentlicht werden.

Seitdem sind drei Wochen vergangen und noch immer
hat die Meldung von dem Vertragsabschluß keine offizielle
Bestätigung gefunden, freilich ebensowenig eine
Ablehnung. Von einer Weiterverhandlung ist nichts
bekannt; deshalb kann kaum daran gezweifelt werden, daß der
Vertrag tatsächlich abgeschlossen ist und nur vorläufig noch mit
der offiziellen Bekanntgabe gezögert wird, wahrscheinlich weil
er sich nicht nur allein auf die friedliche Ueberlassung eines
türkischen Landstreifens an Bulgarien beschränkt, sondern
allerlei Konsequenzen enthält, die Bulgarien heute noch nicht
veröffentlichen leben möchte. Welcher Art diese Konsequenzen
sind, dafür gibt einen Fingerzeig die telegraphische Meldung
aus Sofia, die dortigen Vertreter des Viererbundes hätten
der bulgarischen Regierung rund heraus erklärt, England,
Frankreich und Rußland würden in der Unterzeichnung des
Abkommens einen unfreundlichen Akt Bulgariens sehen.

Wie weit diese Meldung richtig ist, läßt sich natürlich
nicht mit Sicherheit bestimmen. Die Möglichkeit eines
baldigen Eingreifens Bulgariens in den Kampf drängt die
Frage in den Vordergrund: wie find die politischen Verhält-
nisse dieses Balkanstaates beschaffen, vornehmlich aber, wie
ist es um sein Wirtschaftsleben bestellt?

Obgleich seit 1904, nach dem damaligen Herrschaftsantritt
der Partei der Stambulowisten, die bulgarische Regierung sich
bemüht hat, durch allerlei Vergünstigungen eine „Groß-
industrie“ (zu den großindustriellen Betrieben rechnet man in
Bulgarien alle, die mindestens 20 Arbeiter beschäftigen) und
mit einem Kapital von wenigstens 25 000 Lewa = 20 000 M.
arbeiten) in Bulgarien heranzuziehen, ist dieses Land heute
noch ein fast rein agrarischer Staat. Nahezu vier Fünftel der
ganzen Bevölkerung sind mit Ackerbau und Viehzucht beschäf-
tigt, und das übrige Fünftel ist auch nicht großindustriell
tätig, sondern in ihm überwiegen bei weitem Handwerk,
Hausindustrie, Beamtentum und die sogen. freien Berufe.
An großindustriellen Betrieben (darunter manche, die wir nur
als größere Handwerksbetriebe gelten lassen würden) mögen
ungefähr im ganzen Lande 270 bis 280 vorhanden sein mit
einem Betriebskapital von annähernd 75 Millionen Lewa
(ca. 60 Millionen Mark) und einer Arbeiterschaft von un-
gefähr 10 000 Köpfen. Die größte Zahl dieser sogen. Groß-
betriebe ist aber ebenfalls landwirtschaftlicher Art: Dampf-
mühlen, Bierbrauereien, Branntweinbrennereien, Reisschäl-
mühlen, Fuderfabriken usw. An Bergwerksbetrieben (Kohlen-
gruben, Kupfergruben und Salinen) sind im ganzen nur sechs
vorhanden, und außer diesen kommen nur noch die Textil-,
die chemische, die Leder- und die Tonwarenindustrie in Be-
tracht. Die Metallindustrie spielt eine ganz nebensächliche
Rolle.

Von der ungefähr 9 635 000 Hektar betragenden Ge-
samtfläche wird ungefähr ein Drittel landwirtschaftlich
benutzt (im Jahre 1911 3 325 000 Hektar). Am meisten an-
gebaut werden Weizen (1911 1 118 400 Hektar), Gerste
(1911 251 200 Hektar), Mais, Roggen, Hafer. Der Kartoffel-
anbau ist ganz minimal. Im Jahre 1911 wurden nur 3200
Hektar mit Kartoffeln bestellt, und der Gesamtertrag belief
sich auf 13 900 Tonnen. Früher wurde auch in einzelnen
Landesteilen der Weinbau in beträchtlichem Maße betrieben.
Er geht aber mehr und mehr zurück, während der Obstbau
und Tabakbau an Ausdehnung gewinnt.

Bearbeitet wird meist nach alter Väter Sitte mit recht
primitiven Geräten. Der Feldbau steht denn auch auf nicht
viel höherer Stufe als im Innern Rußlands und liefert pro
Hektar noch nicht die Hälfte an Körnerertrag wie in Deutsch-
land. Nur auf den zum Verkauf bestimmten Weizen ver-
wendet man mehr Sorgfalt, immerhin stellt sich auch
der Weizenertrag pro Hektar durchschnittlich nur auf 11 bis
12 Doppelzentner.

Die Viehzucht ist bedeutend, besonders die Rinder-, Schaf-
und Ziegenzucht, während die Schweinezucht derjenigen
Rumäniens und Serbiens beträchtlich nachsteht. Stall-
fütterung ist in den Landabieten fast unbekannt. Nach der
letzten Viehzählung (1910) waren vorhanden; ungefähr

Weitere Einberufung in Rußland.

Petersburg, 1. September. (Z. U.) Gestern wurden
öffentlichen Aueranschlüssen zufolge die nichtgedienten
Reservisten zwischen 19 und 37 Jahren unter die Fahnen ge-
rufen. Die Kontingente werden der Klasse 1916 beigelegt,
welche zusammen mit den neuen Reservisten eine neue Armee
von 2 600 000 Mann bilden sollen.

Eine serbische Aktion in Sicht?

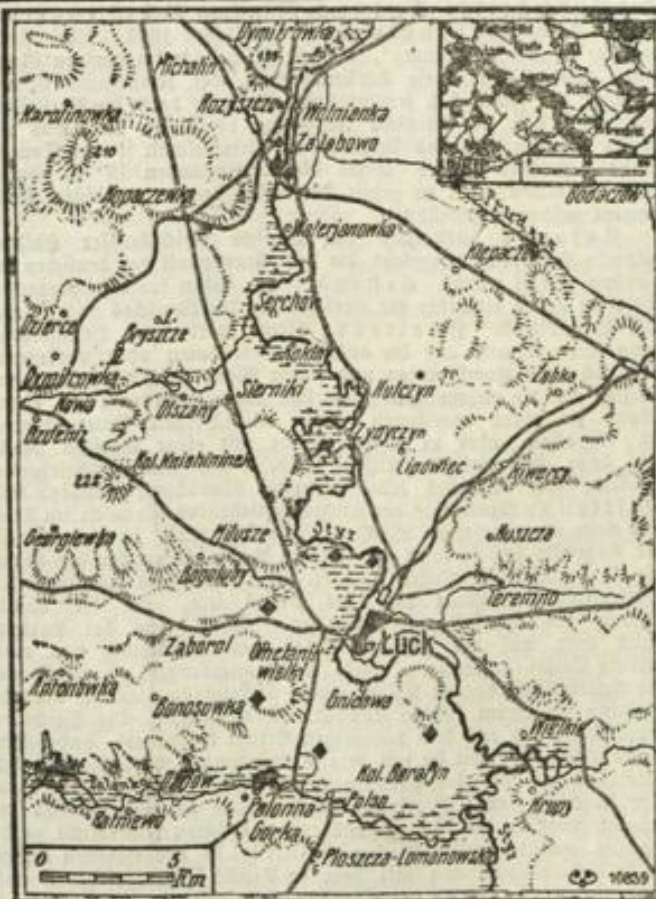
Paris, 31. August. (W. T. V.) „Echo de Paris“ meldet aus Sa-
loniki, die dortige Zeitung „Phos“ wolle von zuständiger Seite erfahren
haben, daß Serbien seit zwei Monaten über Saloniki große
Mengen Munition, besonders Granaten, Flugzeuge, Panzer-
automobile und pharmazeutische Artikel erhalte, welche den Heeres-
bedarf für über ein Jahr deckten. Die serbische Armee bereite sich
auf eine energische Aktion vor, um die österreichisch-ungarische
Armee zu zwingen, Truppen von der russischen Front abzuziehen.

Bryan kommt nicht nach Berlin.

New York, 1. September. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Bryan stellt die Wichtigkeit der von deutschen Blättern
gebrachten Nachricht in Abrede, wonach er beabsichtige, Berlin
zu besuchen.

Der englische Bergarbeiterstreik verhütet.

London, 1. September. (W. T. V.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Die Konferenz der Bergarbeiter
hat einstimmig die Bedingungen des Ab-
kommens angenommen, zu dem man gestern in
London gelangt ist.



Die Festung Luck.

477 000 Pferde, 2 018 000 Rinder, 527 000 Schweine, 8 632 000 Schafe, 1 495 000 Ziegen.

Im Gegensatz zu Rumänien hat der Großgrundbesitz in Bulgarien nur wenig Bedeutung. Noch nicht 7 Proz. des angebauten Bodens gehören Großgrundbesitzern; der mittlere Bauernstand (von 5 bis 20 Hektar) überwiegt. Er hat ungefähr 54 Proz. des gesamten Grundeigentums im Besitz. Bulgarien ist demnach ein Bauernstaat, wie man sagen kann, eine Bauerndemokratie, denn es besteht in Bulgarien das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht — aber ohne Stimmzettel; der Kandidat, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhält, gilt ohne weiteres als gewählt. Dazu kommt, daß in letzter Zeit für die Vermehrung und Verbesserung der Volksschulen sehr viel geschehen ist. Erwähnenswert ist, daß ein großer Teil der Volksschullehrer sozialistischen Organisationen angehört, und zwar sowohl der sogenannten „engherzigen“ Partei, in der das Arbeiterelement vorherrscht, wie der „weitherzigen“ Saksosoffischen Partei, in der die Intellektuellen und kleineren Beamten die erste Reihe spielen und der Russophobie eine breite Stätte gefunden hat.

Aus dem Charakter Bulgariens als eines fast noch reinen Agrarlandes ergibt sich, daß die Ausfuhr beinahe ausschließlich in Bodenprodukten, die Einfuhr vornehmlich in Industrieartikeln besteht. Hauptausfuhrartikel sind Eier, Weizen und Weizenmehl, Mais, Tabak und Rosenöl, während die Einfuhr vor allem in Textilwaren, Werkzeugen und Metallwaren sowie in Lederwaren und Brennstoffen besteht. Im Jahre 1913 ist infolge des Krieges der Wert der Einfuhr auf 93 Millionen Letwa gefallen, im Jahre vorher stellte sich die Einfuhr auf 213 Millionen, die Ausfuhr auf 156 Millionen Letwa. An dieser Einfuhr war Deutschland mit mehr als ein Fünftel, an der Ausfuhr mit einem Sechstel beteiligt.

Ungünstig haben die letzten Balkankriege auf die Staatschuld eingewirkt. Am 1. September 1912 stellte sich die Staatschuld auf 688 Millionen Letwa (ca. 550 Millionen Mark), in Anbetracht des ansehnlichen Staatseigentums (auch die Eisenbahnen gehören meist dem Staat) eine recht mäßige Verschuldung. Durch die Kriege ist jedoch der Betrag der Staatsschulden nahezu auf das Dreifache gestiegen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. September. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Unsere Artillerie setzte im Laufe der Nacht ohne besonderen Zwischenfall ihre andauernd wirksame Tätigkeit gegen die feindlichen Schützengräben, Unterstände und Lager fort.

Paris, 1. September. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Ziemlich lebhafte Artilleriekämpfe in Belgien auf der Front des Sas—Stenstraate und im Artois zwischen Neuville und Arras. Der Feind warf einige großkalibrige Granaten auf Arras. Gleichfalls ziemlich heftige Kanonade im Norden des Woewre sowie im Apremontwald und nördlich Flirey.

Millerand rüstet für den Winterfeldzug.

Paris, 1. September. (W. Z. V.) Kriegsminister Millerand, welcher sich am Sonnabendabend an die Front begab, ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt. Er hatte sich in die Vogesen und in das Elsass begeben und verweilte an mehreren Stellen der Front. Er hat sich mit den Generalen über die Maßnahmen unterhalten, welche im Hinblick auf den Winterfeldzug getroffen wurden.

Die Beschießung von Compiègne.

Lausanne, 31. August. (Z. U.) Wie jetzt bekannt wird, hat die Beschießung von Compiègne noch bedeutend größeren Schaden angerichtet, als zuerst gemeldet wurde. Nach dem Bericht eines Augenzeugen im „Figaro“ fielen abgesehen von der noch nicht festgestellten Zahl Granaten kleineren Kalibers, 19 Geschosse aus schwersten Geschützen in die Stadt. Nach Ansicht der Fachleute müssen diese schwerkalibrigen Geschosse aus einer in ungewöhnlich weiter Entfernung stehenden deutschen Batterie abgefeuert worden sein. Wie durch einen Zufall wurden nur 3 Personen getötet, die Zahl der Verletzten dagegen ist sehr groß. Ein Gebäude wurde völlig zerstört, viele andere stark beschädigt. An mehreren Stellen brachen Wände aus. Mit größter Mühe konnten sie von der Feuerwehre gelöscht werden. Das Feuer der Batterien hörte erst um 4 Uhr nachmittags auf. Kurze Zeit darauf erschienen noch zwei deutsche Flieger, die bis nach Coiffy au bac flogen und mehrere Bomben abwarfen. Auch hier wurde bedeutender Materialschaden konstatiert.

Dünkirchen neuerlich beschossen.

Paris, 31. August. (Z. U.) Am Sonntag ist Dünkirchen aus weittragenden Geschützen beschossen worden. Mehrere Granaten fielen in das Innere der Stadt, wo sie schweren Sachschaden anrichteten. Der Bürgermeister der Stadt hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach Haus- und Kellerfenster in der Stadt nach gegebenem Alarm nicht mehr geschlossen werden dürfen, um den Straßenvassanten nicht die Möglichkeit zu nehmen, sich ohne Verzug in Sicherheit zu bringen.

Die englischen Kriegsverluste.

Der „New Yorker Staatszeitung“ wird von ihrem Londoner Vertreter gefabelt:

Nach einer im Druck erschienenen Aufstellung stellen sich die britischen Gesamtverluste in Armee und Flotte in diesem Krieg auf 330 000 Mann. Davon entfallen bis zum 20. Juli auf die Marine 9106 Mann, auf die Armee, bis zum 18. Juli gerechnet, 301 880 Mann. Die Verluste der Flotte verteilen sich wie folgt: Offiziere wurden 499 getötet, 87 wurden verwundet und 216 werden vermißt. Mannschaften wurden 7430 getötet, 787 verwundet und 274 werden vermißt. Die Verluste in der Armee verteilen sich wie folgt:

	Offiziere	Soldaten
Frankreich	3 288	48 372
Dardanellen (einschließlich Marinebrigade)	567	7 567
Andere Kriegsschauplätze (ausschließlich Deutsch-Südwestafrika)	145	1 445
Gesamtzahl der Getöteten	4 000	57 384
Verwundete:		
Frankreich	6 808	156 808
Dardanellen	1 379	28 635
Andere Kriegsschauplätze	248	8 247
Gesamtzahl der Verwundeten	8 430	188 190
		196 620

	Vermißte:	
Frankreich	1 163	50 969
Dardanellen	198	10 802
Andere Kriegsschauplätze	22	641
	1 383	62 502
Gesamtzahl der Vermißten	1 383	63 885
Gesamtzahl der Toten, Verwundeten und Vermißten		321 889
Gesamtverluste nach den Kriegsschauplätzen geordnet:		
Frankreich	11 254	255 649
Dardanellen	2 144	47 094
Andere Kriegsschauplätze	415	5 883
	13 813	308 626
Gesamtverluste		321 889

Premier Asquith hatte am 9. Juni im englischen Unterhaus bekanntgegeben, die gesamten britischen Verluste stellten sich am 31. Mai, abgesehen von der Marinedivision, auf 258 069 Mann. Dieser Anführung nach betragen die Verluste im britischen Heer allein vom 31. Mai bis zum 18. Juli 63 900 Mann.

Am 15. Juni wurde in London bekanntgegeben, die Verluste in der Marine bezifferten sich bis zum 31. Mai auf 13 547 Mann. Da Asquith die Gesamtverluste der Flotte bis zum 20. Juli nur mit etwas über 9000 Mann angibt, so muß hier irgendwo ein großer Irrtum vorliegen. Möglicherweise ist es aber immerhin, daß diese Verschiebung der Zahlen ihren Grund in einer tieferen Ursache hat, in dem großen Verunsicherungsprozess, der alle Zweige der englischen Regierung erfaßt hat. Am 11. April gab der britische Untersekretär des Kriegsamtts G. J. Tennant die Gesamtverluste der Briten mit 139 347 Mann an. Sollten diese Zahlen richtig gewesen sein, so haben die Engländer in 14 Wochen 182 542 Mann verloren oder durchschnittlich 13 000 Mann in der Woche.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 31. August. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht. Auf der Hochfläche nordwestlich von Arziera stürmten unsere Truppen eine starke Stellung am Monte Maronia nördlich vom Monte Maggio und verjagten den Gegner. Dieser richtete hierauf ein heftiges Artilleriefeuer aus allen Kalibern gegen unsere neue Stellung, die jedoch behauptet und verstärkt wurde und jetzt fest in unseren Händen ist. Bei Pavia am mittleren Tsonzo gelang es unseren Schützen, die feindlichen Linien vorstehen, einige Maschinengewehre und Bombenwerfer, mit denen der Gegner seit einigen Tagen unsere Annäherungsarbeiten gestört hatte, zum Schweigen zu bringen. Es wird lebhafter Zugverkehr auf der Eisenbahnstation von Görz gemeldet. Auf dem Karst führten wir gestern einige kleine Unternehmungen durch, deren Ausgang für uns günstig war. Im Abschnitt von Sei Vusi besetzten wir neue Schützengräben und erbeuteten die darin vom Feinde zurückgelassenen Waffen und Munition. Desflich von den Gruben von Sez erzielten wir gleichfalls einige Fortschritte. Die feindliche Artillerie hat die Beschießung von Monfalcone wieder aufgenommen.

gez. Cadorna.

Zu den Dardanellenkämpfen.

Konstantinopel, 1. September. (W. Z. V.) Nach weiteren Nachrichten von den Dardanellen treten die von den Engländern und Franzosen in den jüngsten Kämpfen bei Anaforta erlittenen ungeheuren Verluste immer mehr zutage. Nördlich Amadere allein, wo der Angriff des Feindes verhältnismäßig schwächer war, wurden 8400 Tote gezählt. Die Verluste des Feindes müssen in den Abschnitten, wo die Kampfsituation heftiger war, weit größer sein.

Vom U-Bootkrieg.

Berlin, 1. September. (W. Z. V.) Wie wir erfahren, sind in letzter Zeit von deutschen U-Booten noch folgende englische Dampfer vernichtet worden, deren Namen die Presse bisher nicht gebracht hat: Dampfer „Baroo“ aus London (2665 Tonnen), englischer Dampfer „Shriky“ aus Cardiff, englischer Dampfer „Glenby“ aus Westbirtlepool (2196 Tonnen), englischer Dampfer „The Queen“ aus Glasgow (557 Tonnen), englischer Dampfer „Trafalgar“ aus Liverpool (149 Tonnen), englischer Fischdampfer „Repeal“ 11. 133“ aus Lowestoft (107 Tonnen).

Englische Darstellung der deutsch-englischen Verhandlungen im Jahre 1912.

London, 1. September. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das Auswärtige Amt macht Mitteilung über die englisch-deutschen Verhandlungen im Jahre 1912. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, so heißt es, brachte im vorigen Monat einen Bericht über diese Verhandlungen, der irreführend ist und offenbar den Zweck hat, irrezuführen. Es wird darin die Vorstellung verbreitet, daß die britische Regierung verworfen hat, was von vielen als ein redliches Angebot der Freundschaft seitens Deutschlands betrachtet wurde. Unter diesen Umständen ist es möglich, einen Tatsachenbericht zu geben, der aus offiziellen englischen Dokumenten zusammengefaßt ist.

Anfangs 1912 hat der deutsche Reichskanzler Halbinsel folgende Formel vorgelegt, die dem Standpunkt der deutschen Regierung gerecht würde. Erstens: Die hohen kontraktlich gebundenen Parteien geben einander die Versicherung des Wunsches nach Frieden und Freundschaft. Zweitens: Keine wird ohne Herausforderung einen Angriff auf die andere unternehmen oder vorbereiten oder sich einer Kombination und einem Plane anschließen, der einen Angriff auf die andere zum Ziele hat oder teilnehmen an einem Plane zu einer maritimen oder militärischen Unternehmung, sei es allein oder in einem Bunde mit einer anderen Macht, der dazu ins Leben gerufen wird. Die Kontraktlich gebundenen erklären, daß sie durch keine derartige Abmachung gebunden sind. Dritten: Wenn eine der kontraktlich gebundenen Parteien im Krieg mit einer oder mehreren Mächten verwickelt wird, in dem sie nicht der Angreifer ist, so wird die andere Partei gegenüber der Macht, die so in Schwierigkeiten geraten ist, mindestens wohlwollende Neutralität beobachten und ihr Bestes tun, um die Lokalisierung des Konflikts zu erreichen. Wenn eine der Parteien durch eine auf der Hand liegende Herausforderung von einer dritten Partei gezwungen wird, Krieg anzufangen, so verpflichten die Kontraktlich gebundenen sich zu einem Meinungsaustrausch über die Haltung in einem solchen Konflikt. Vierten: Die Pflicht der Neutralität, die aus dem vorherigen Artikel hervorgeht, findet keine Anwendung, insoweit sie mit bereits bestehenden Abmachungen nicht vereinbar ist, die die Parteien geschlossen haben. Fünftens: Der Abschluß neuer Vereinbarungen, welche es einer Partei unmöglich machen würden, gegenüber der anderen Neutralität zu bewahren, ausgenommen in den im Artikel IV vorgesehenen Fällen, ist in Übereinstimmung mit dem in Artikel II Vorgeesehenen ausgeschlossen. Sechstens: Die Parteien erklären, alles, was in ihrer Macht liegt, zu tun, um Differenzen und Mißverständnisse zu verhindern, die zwischen ihnen und anderen Mächten entstehen sollten.

Dieser Punkt wäre unbillig und einseitig in seiner Wirkung gewesen. Infolge der allgemeinen Lage der europäischen Mächte und der Vertragspflichten, durch die sie gebunden waren, wäre das Ergebnis der Artikel 4 und 5 gewesen, daß, während Deutschland im Falle eines europäischen Konflikts die Freiheit behalten hätte, seinen Freunden zu helfen, es England verboten gewesen wäre, die Finger zur Verteidigung der feindlichen zu rühren. Deutschland konnte es ohne Schwierigkeit so fügen, daß der formelle Beginn der Feindseligkeiten von Oesterreich-Ungarn ausging, wie aus dem klar erhellt, was im Juli 1914 vorging, während, soweit England von zwei Mächten angegriffen wurde, Frankreich verpflichtet gewesen wäre, ihm zur Hilfe zu kommen. Mit anderen Worten, die Verpflichtung, neutral zu bleiben, die Deutschland anbot, wäre absolut wertlos geblieben, weil es sich immer auf die Notwendigkeit, die unter dem Dreibunde bestehenden Vertragsverpflichtungen einzuhalten, hätte berufen können, um seine Neutralität aufzugeben. Andererseits wäre für Großbritannien kein derartiges Vorgehen möglich gewesen, wie ernst auch immer die Herausforderung gewesen wäre, weil es durch keine Bündnisse gebunden war, außer an Japan und Portugal, und der Abschluß neuer Bündnisse durch den Artikel fünf unmöglich geworden wäre. In der Tat hätte, wie sich später deutlich zeigte, die Gewähr einer absoluten Neutralität auf der einen Seite bestanden, aber nicht auf der anderen. Es war für uns unmöglich, einen so offensichtlich ungerechten Vertrag einzugehen. Die Formel wurde deshalb von Gresh verworfen.

Graf Metternich drängte darauf hin, Gegenvorschläge zu machen, die, wie er erklärte, nicht präjudizierten und zu nichts verpflichteten sollten, so lange unseren Wünschen in maritimen Angelegenheiten nicht entgegenkommen bewiesen worden wäre. Unter diesem Vorbehalt legte Gresh am 14. März 1914 dem Grafen Metternich folgenden Entwurf einer Formel vor, die durch das Kabinett gebilligt worden war. „England wird ohne Herausforderung keinen Angriff auf Deutschland machen und keine aggressive Politik verfolgen. Ein Angriff auf Deutschland ist nicht Gegenstand und bildet keinen Teil einer Vertragsverpflichtung und eines Abkommens in einer Kombination, in der England Partei ist, noch wird es einem Abkommen beitreten, das solches Ziel verfolgt.“ Graf Metternich hielt diese Formel für ungenügend und schlug zwei sich ergänzende Klauseln vor: „England wird natürlich neutral bleiben, wenn Deutschland ein Krieg ausgedungen wird.“ Er fügte hinzu, dies würde nicht bindend sein, wenn nicht unseren Wünschen bezüglich der Flottenvergrößerung entgegenkommen bewiesen würde. Gresh war der Meinung, die britischen Vorschläge gingen weit genug, er erklärte, wenn Deutschland Frankreich zu vernünftigen Wünschen, würde England nicht stillsitzen können, obwohl, wenn Frankreich aggressiv würde oder Deutschland angriffe, es keine Unterstützung bei Großbritannien finden würde. Es ist deutlich, daß der wirkliche Zweck von Deutschlands Vorschlag war, Englands Neutralität unter allen Umständen zu erlangen. Sobald ein Krieg ausgebrochen wäre, hätte Deutschland dann gefagt, er sei ihm aufgedrungen worden und verlangt, daß England neutral bleibe. Einen prächtigen Beweis hierfür liefert der heutige Krieg, bei dem Deutschland in Widerspruch mit den Tatsachen behauptet, daß er ihm aufgedrungen worden sei. Selbst das dritte Mitglied des Dreibundes, das über Informationen verfügte, die uns nicht zugänglich waren, betrachtete den Krieg als Angriffskrieg.

Gresh schlug hierauf folgende Formel vor: Da beide Mächte den Wunsch haben, Frieden und Freundschaft untereinander zu sichern, so erklärt England, daß es weder ohne Herausforderung einen Angriff auf Deutschland machen, noch einem solchen beitreten werde. Ein Angriff auf Deutschland liegt nicht in der Absicht Englands und bildet nicht einen Teil des Vertrages, der Übereinkunft oder der Kombination, an der England beteiligt ist, und England will sich auch nicht an einem Vertrage oder dergleichen beteiligen, der derartiges bezweckt.“ Er sagte, als er die Formel Metternich überreichte, der Gebrauch des Wortes Neutralität würde den Eindruck herbeiführen, daß mehr gemeint sei, als was im Text stand. Er meinte, daß, was man anstrebe, würde erreicht und genauer ausgedrückt werden, wenn man die Worte gebrauchte: „Wird weder ohne Herausforderung einen Angriff unternehmen, noch an einem solchen teilnehmen.“ Graf Metternich besah darauf Anweisungen, so deutlich als möglich zu erklären, daß er dem Reichskanzler und dem Kaiser nur dann raten könne, wichtige Teile des deutschen Flottenvergrößerungsprogramms fallen zu lassen, wenn wir bereit seien, ein Abkommen zu schließen, das eine weitreichende Neutralität verbürge und keine Möglichkeit einer verschiedenen Auslegung zulasse. Der Vorkaufte gab zu, daß der Kanzler die Gewähr einer absoluten Neutralität wünschte. Im anderen Falle müßte das Flottenprogramm durchgeführt werden. Graf Metternich fügte hinzu, es bestehe keine Aussicht, den Entwurf zurückzuziehen, er könne höchstens abgemildert werden. Es würde dem Kanzler enttäuschen, wenn England nicht weitergehen wolle, als in der Formel, wie er vorgeschlagen habe. Sir Edward Gresh antwortete, er könne begreifen, daß Enttäuschung herrschen würde, wenn die britische Regierung erkläre, daß die Durchführung des deutschen Flottenprogramms den Verhandlungen ein Ende bereiten und ein unüberwindliches Hindernis für bessere Beziehungen bedingen würde. Die britische Regierung würde das jedoch nicht tun, sie hoffe, daß die von ihr aufgestellte Formel im Zusammenhang mit territorialen Übereinkünften besprochen werden würde, selbst wenn dadurch die Ausgaben für die Flotte nicht vermindert werden könnten. Sir Edward Gresh fügte hinzu, daß, wenn ein Abkommen zwischen zwei Regierungen zustande käme, das einen günstigen, wenn auch indirekten Einfluß auf die Flottenausgaben haben würde. Außerdem würde es einen direkten günstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung der beiden Länder ausüben. Einige Tage später teilte Graf Metternich Gresh den Inhalt eines Briefes des Reichskanzlers mit, in dem dieser sagte, daß weil die von England vorgeschlagene Formel vom deutschen Standpunkte aus unbefriedigend sei, und sich die englische Regierung außer Stande sehe, einer weitergehenden Formel, die ihr vorgeschlagen wurde, zuzustimmen, der Flottenentwurf, so wie er vom Bundesrat vorgelegt worden sei, weiter verhandelt werden müsse.

Die Verhandlungen wurden hierauf abgebrochen, mit ihnen schwanden die Hoffnungen auf Verminderung der Rüstungskosten der beiden Länder.

Anmerkung des W. Z. V.:

Von zuständiger Seite erfahren wir zu vorstehendem Telegramm, daß über die Veröffentlichung der englischen Regierung ein abschließendes Urteil erst dann abgegeben werden könne, wenn diese im Wortlaut hier vorliege. Schon der vorliegende Auszug lasse indessen erkennen, daß es sich dabei um einen Versuch handle, die Tatsache zu verschleiern, daß die deutsche Regierung ihre ursprüngliche Forderung absoluter Neutralität zum Schluß der Verhandlungen auf die Forderung englischer Neutralität im Falle eines Deutschland aufgezwungenen Krieges eingeschränkt hat.

Im langen Kriege liegt das Heil.

Zu der in dem Londoner „Economist“ ausgesprochenen Hoffnung, daß bei einer Bescheidung über schwänglicher Siegeshoffnungen die Zeit der Friedensverhandlungen vielleicht nicht mehr allzu entfernt sei, bemerkt Graf Revenkow in der „Deutschen Tageszeitung“:

An dieser Stelle ist, wie unsere Leser wissen, seit Jahresfrist betont worden, daß im langen Kriege die Aussichten für den deutschen Erfolg lagen und mit der Länge des Krieges wuchsen. Es wäre denkbar, daß die Zahl derjenigen Engländer zunähme, welche in der Voraussicht unbegünstigter deutscher Friedenssehnsucht bald den Augenblick gekommen glaubten, einer weiteren Häufung deutscher Erfolge und dem sicheren Eintreten ihrer vollen Wirkungen durch Friedensverhandlungen oder

die Vorbereitungen dazu Einhalt zu tun. Wir behaupten nicht, daß dem so sei, aber es wäre recht denkbar und damit wert, daß man darauf aufmerksam macht.

Im übrigen haben wir angefaßt der Sorgen der Londoner „City“ nur den einen sehr lebhaften Wunsch, daß dieser Stadteil recht bald und recht ausgiebig wieder mit Zepfeln besetzt werden möge.

Die Auszeichnung durch Sperr- und Fettdruck findet sich im Original der „Deutschen Tageszeitung“.

Anklagen gegen die russische Regierung.

Petersburg, 1. September. (W. Z. V.) Ueber Kopenhagen. „Njetsch“ äußert die Beforgnis, ob die in der Duma angekündigte Wegnahme von Burzew und des finnischen Präsidents sich überhaupt bewahrheitet. Bis jetzt liegt keine amtliche Bestätigung vor. Die beiden Personen seien noch immer in Sibirien, und es sei fraglich, ob sie überhaupt zurückkämen. — „Njetsch“ zitiert das Blatt der Rechten „Kolosol“, das die Partei der Rechten auf das Schärfste angreift, weil sie die Tätigkeit der Duma durch allerlei Umtriebe, durch ihre Abwesenheit von Petersburg und durch das Verlangen nach Vertagung der Duma zu verhindern suche, und fragt, weshalb die Mitglieder der Duma eigentlich gewählt seien, wenn sie im Momente großer Gefahr davonliefen. „Njetsch“ stellt fest, daß seit der Eröffnung der Duma von den angekündigten Neuerungen nichts durchgeführt worden sei und alles sich nur zum Schlimmeren gewendet habe. Die Provinzialpolizei verfolge die Mitglieder der Kommissionen, die sich um Organisation des Landes und der Provinz bemühen, als politisch unzuverlässige. Dies unterbinde jede Tatkraft und verhindere die Betätigung der gesellschaftlichen Kräfte.

Glücklingsnöte in Rußland.

Kopenhagen, 1. September. (W. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Von allen Seiten, sowohl von Obri-geleuten als Privatleuten, werden große Anstrengungen gemacht, die geflüchteten Einwohner in den Städten unterzubringen. Die Geistlichkeit steckte ein Kloster zur Verfügung. In Pskow halten sich zurzeit 30 000 Flüchtlinge auf. In Wladiwostok ist es unmöglich, alle ein Dach über dem Haupt zu verschaffen. Tausende von Werten mühen im Freien lagern. In Moskau fand eine große Versammlung unter der Leitung des Duma-Mitgliedes Konowaloff statt. Es nahmen eine Reihe Regierungsbeamter, Politiker, Vertreter der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, der Wissenschaft und der Kunst teil. Man erörterte die Lage und schloß mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, daß Rußland bis zum entscheidenden Sieg den Krieg fortsetzen müsse. Gleichzeitig sprach man sich für Bildung eines Ministeriums aus, das ein Ausdruck für die Wünsche des Landes sei.

Allenthalben gesteigerte Munitions-erzeugung.

London, 31. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. England hat an Frankreich für die Munitions-erzeugung zwei Millionen Tonnen Kohlen geliefert. Ein Teil davon ist in Schiffen verfrachtet worden, die von der britischen Admiralität zur Verfügung gestellt wurden. Der Transport ist nunmehr beendet.

London, 31. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die australische Waffenfabrik arbeitet seit einiger Zeit mit doppelten Schichten, so daß die Erzeugung stark vermehrt worden ist. — Die Regierungswerkstätten in New-Sid-wales sind in Arsenal umgewandelt worden und stellen jetzt Maschinengewehre her. — Der Verteidigungsminister von Australien hat Vorbereitungen zur Herstellung schwerer Granaten treffen lassen.

Petersburg, 31. August. (W. Z. V.) Nach dem „Ruskoje Slowo“ haben die Allierten in Nordamerika bisher für etwa zwei Milliarden Rubel Kriegsmaterial bestellt.

Politische Uebersicht.

Erhöhung der Löhnung für Verwundete und Kranke.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission des Reichstags hatten dort den Antrag eingebracht, die Löhnung der verwundeten und erkrankten Soldaten von 10 Pf. auf 33 Pf. pro Tag zu erhöhen. Dieses Verlangen hatte übrigens einer unserer Redner auch bereits im Mai gestellt, ohne daß aber damals ein formeller Antrag eingebracht worden ist. Auf diese Anregung hin hat das Kriegsministerium sofort Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt eingeleitet, die zu einem günstigen Resultate führten. Als unsere Genossen nunmehr den formellen Antrag in der Budgetkommission einbrachten, erklärten die Vertreter der Regierung, daß die Angelegenheit bereits in Ordnung sei; unsere Genossen zogen deshalb den Antrag als nicht mehr notwendig zurück, und der sozialdemokratische Fraktionsredner, Abg. Stücklen, stellte darauf in seiner Rede im Plenum fest, daß die verwundeten und kranken Soldaten jetzt die volle Löhnung der immobilen Truppen erhalten. Diese Feststellung war nun aber den Tatsachen insofern etwas vorausgeeilt, als die erforderliche Kabinettsorder noch nicht publiziert ist. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, steht die Veröffentlichung der Kabinettsorder aber in diesen Tagen bestimmt zu erwarten. Die Kranken und Verwundeten dürften dann die höhere Löhnung mit Wirkung vom 1. September ab erhalten.

„Los vom Radikalismus!“

Folgende „homerische“ Ausführungen gibt die „Kreuz-Bl.“ aus der Nummer 80 der Wochenchrift „Jüdische Presse“ wieder:

„Schon einmal ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß für die deutschen Juden die Zeit der Selbstbestimmung gekommen ist. Die Zeit, aus alten, zur Gewohnheit gewordenen Anschauungen sich zu befreien und eine neue Orientierung auf realpolitischen Grundlage zu suchen. Je mehr wir uns dem endgültigen Erfolge des Krieges nähern, desto dringlicher muß diese Mahnung werden: Los vom Radikalismus! Wer sich der konterwärtigen Kräfte des Judentums benutzt, muß begreifen, daß in einem radikalisierten Preußen-Deutschland kein Raum für seine Art Erhaltung von Religion und Art gerichteten Wünsche vorhanden sein wird, und muß bemüht sein, den inneren Widerspruch einer auf Tradition und Stammestreue begründeten Lebensrichtung und einer politisch-radikalen Tendenz zu überwinden. Es dürfen sich nicht die Seiten wiederholen, in denen wir die Schriemacher einer Bewegung waren, die unserem Judentum selbst abträglich wurde.“

Vor dem Wiederaufbau Ostpreußens.

Die 28 Mitglieder zählende Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat in den Tagen vom 25. bis 29. August eine Fahrt nach Ostpreußen unternommen, um die von den Russen heimgeführten Gegenstände zu besichtigen. Landtag und Regierung sind sich nämlich einig in dem Willen, der Rot in Ostpreußen nach Kräften zu steuern. Nach amtlichem Material beläuft sich die Zahl der in Ostpreußen durch die Russen getöteten oder schwer verwundeten Personen auf etwa 2000, die Zahl der von den Russen verschleppten Männer, Frauen und Kinder auf über 10 000. 350 000 bis 400 000 ostpreussische Einwohner sind von ihrer heimatlichen Erde vertrieben worden; unzählige von ihnen finden bei der Rückkehr ihr Heim nicht wieder, denn 24 Städte, beinahe 600 Dörfer, ungefähr 300 Mäler und über 30 000 Gebäude haben die Russen zerstört und mehr als 100 000 Wohnungen sind von ihnen geplündert worden. Allgemein bestärkt wird, daß die Russen bei ihrem ersten Einfall in Ostpreußen verhältnismäßig wenig zerstört haben. Man kann daraus schließen, daß sie die Hoffnung gehabt haben, dauernd in dem Besitz der Provinz Ostpreußen bleiben zu dürfen. Erst nach dem zweiten Einfall hatten es die Russen auf die wirtschaftliche Jugunderziehung Ostpreußens abgesehen. In vielen Orten ist alles vernichtet worden, und die Zurückbleibenden fanden kein Stück Nahrung mehr vor. Der Wert an Möbeln und Rücheneinrichtungen, die verloren sind, wird auf 30—40 Millionen geschätzt. Den Gesamtschaden berechnet man in Ostpreußen auf über 1 1/2 Milliarden.

Bereits im Oktober vorigen Jahres hat der preussische Landtag im Rattragetat 400 Millionen Mark zur Vinderung der Rot in Ostpreußen zur Verfügung gestellt; doch genügt diese Summe bei weitem nicht, um ausreichende Hilfe zu bringen. Bis zum 1. Juni waren bereits 125 Millionen Mark an Vorentschädigungen ausbezahlt worden. Den Gemeinden waren Darlehen in Höhe von 8 1/2 Mill. Mark bewilligt worden; weitere 86 Mill. wurden zur Vinderung der Rot verwendet. Zur Hebung der Landwirtschaft hat die Regierung u. a. 18 Millionen Mark für den Ankauf von Pferden, Jungochsen, Weischirren und Krasypflügen, 6 1/2 Millionen Mark für Saatgut und 30 Millionen Mark zur Sicherung der Saatbestellung gegeben. Dadurch wurde die Landwirtschaft in die Lage gesetzt, ihre Betriebe wieder zu eröffnen. Ungefähr 600 000 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche waren in der Zeit vom November 1914 bis zum Februar 1915 in Ostpreußen in den Händen der Russen. Nur 17 000 Hektar blieben seitdem unbesetzt. Im Regierungsbezirk Allenstein hatten die Russen nicht ein Stück Vieh zurückgelassen. Durch Vermittelung des Landrats erhielten die Landwirte Jungvieh, Maschinen, Dünger und Nahrungsmittel. Die Felder muhten zum großen Teil durch die Frauen bearbeitet werden. Mit ihren Kindern und wenigen russischen Gefangenen haben sie den vielfach umfangreichen Besitz in mühsamer Weise bebaut. Die Ernteausbeuten werden deshalb in fast allen Kreisen als günstig bezeichnet. Man rechnet durchweg mit einer guten Mittelernte.

Zur Hebung von Handel und Gewerbe ist ebenfalls viel getan worden. So wurde die Kriegskreditbank für Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg gegründet und die vorhandenen Genossenschaften wurden mit einer Zentrale an der Spitze zusammengelegt. Weitere Genossenschaften werden gegründet.

Bis jetzt müssen sich die Bewohner der heimgeführten Gegenden mit den sehr beschränkten Verhältnissen abfinden und die gegenwärtige Unterstützung kommt auf höchste zur Geltung. Familien müssen in Ställen hausen oder sind in Holzbaracken untergebracht. Die Bau-tätigkeit hat in manchen Bezirken bereits stark eingelegt. Hierbei werden auch russische Gefangene verwendet, unter denen sich viele Handwerker befinden. Den Wiederaufbau der Städte und Gemein-den hofft man in der Hauptsache in drei Jahren vollenden zu können.

Der Preis der Lebensmittel und der Bedarfsartikel ist sehr hoch gestiegen, wobei mancher Händler sich ein Vermögen erworben hat.

Die Mitglieder der Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses werden bei ihrer Reise durch Ostpreußen die Ueber-zeugung gewonnen haben, daß der Staat noch weit mehr als bisher tun muß, um die furchtbaren Folgen des Krieges einigermaßen auszugleichen.

Kriegsgefangene dürfen den Landarbeitern keine Konkurrenz machen.

Nachdem kürzlich der Gumbinner Landrat sich scharf dagegen gewandt hat, daß unter dem Einfluß der Kriegsgefangenen-beschäftigung den Landarbeitern die Löhne gekürzt und daß sie auch ganz entlassen wurden, muß jetzt der Heilsberger Landrat in einer Broschüre öffentlich tadeln, daß infolge der vermehrten Einstellung von Kriegsgefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten die einheimischen Arbeitskräfte zu den ländlichen Arbeiten weniger als sonst zugezogen worden seien, so daß sie häufig über mangelnden Verdienst berechtigter Klagen führten. In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß die einheimischen Arbeitskräfte durch die Beschäftigung der weit billigeren Kriegsgefangenen durchaus nicht in ihren Bezügen geschmälert oder gar ganz außer Brot gesetzt werden dürften. Den Arbeitssitäten, bei denen dies der Fall sei, sollten die Kriegsgefangenen sofort entzogen werden.

Es müssen arge Mißstände herrschen, wenn die Landräte in dieser Weise gegen die Gutdächiger Stellung nehmen.

Ein sauberes Geschäft.

Großes Aufsehen erregt die polizeiliche Festnahme von fünf bekannten Dresdener Geschäftsleuten wegen Lebensmittelwuchers. Sie haben vor einiger Zeit eine Eisenbahnladung Kartoffeln, die an einen Dresdener Großhändler geschickt, von diesem aber als minderwertig nicht angenommen worden waren, in der darauf abgehaltenen Auktion erstanden. Trotzdem die Kartoffeln größtenteils faul waren und der Zentner nur etwa 2 M. in der Auktion kostete, haben sie den Zentner für 3 M. und 5,50 M. an Arbeiter und kleinere Produktengeschäfte weiter verkauft. Die Dresdener Staatsanwaltschaft hat bereits nach Vernehmung der Beschuldigten die Anklage auf Grund der Lebensmittelwucher-Verordnung erhoben, so daß die Hauptverhandlung schon in nächster Zeit vor der Strafkammer des Dresdener Landgerichts stattfinden wird.

Verwertung von Fallobst.

Das W. Z. V. meldet: Die Sicherstellung unserer Volksernährung erfordert es, daß von der reichen Obsterte dieses Jahres keine Frucht umkommt, die als menschliche oder tierische Nahrung dienen kann. Dies gilt besonders für Fallobst und gewisse Wildfrüchte, die in manchen Gegenden völlig unbenutzt bleiben, obwohl sie einen großen Wert für die Herstellung von Obstkonserven besitzen.

Da diese Erzeugnisse der Obstverwertungsindustrie im kommenden Winter eine erhöhte Bedeutung als Vrotauftrieb zum teilweisen Ersatz der immer knapper werdenden Getreide erlangen, ist es nötig, die Verwertung der Markverladerfabriken mit Obst über die gewöhnliche, vom eingeführten Handel getragene Zufuhr hinaus zu steigern. Zu diesem Zweck sollen überall im Reich, wo es an geordneten Abfuhrwegen fehlt, Sammelstellen geschaffen werden, die jede Menge Fall- und Wildobst von zwei Zentnern aufwärts annehmen und, zu Wagenladungen (100 oder 200 Zentner) verpackt, der Industrie zuführen. Der Absatz der so gewonnenen Fruchtmengen zu festgesetzten Preisen ist durch Vereinbarungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft (Berlin W. 8, Behrensstr. 21, Abteilung Fruchtverwertung), geregelt, die allen Interessenten auf Verlangen die zu diesem Zweck aufgestellten Anleitungen zuschickt.

Es ist zu hoffen, daß diese gemeinnützigen Bestrebungen überall die eifrigste Unterstützung finden.

Professor Julius Wolf

schreibt uns:

„In einer Ihrer letzten Nummern, die infolge meiner Abwesenheit von Berlin erst verspätet zu meiner Kenntnis kam, lassen Sie, um die Voraussetzungslosigkeit meiner wissenschaftlichen Arbeit in Frage zu stellen, einen Ihrer Korrespondenten aus Universitätskreisen mitteilen, daß die von mir begründete (jetzt von Herrn Professor Ludwig Pohle herausgegebene) Zeitschrift für Sozialwissenschaft mit Unterstützung des Freiherrn v. Stumm erschienen sei.“

Ich bitte Sie hiermit, zu Stumm'schen Lesern zu bringen, 1. daß diese „tatsächliche Feststellung“ glatt erfunden ist. In keiner wie immer gearteten Weise ist meiner Zeitschrift für Sozialwissenschaft die Unterstützung des Freiherrn v. Stumm, den ich übrigens als unerhört groben Kämpfer für seine Ueberzeugung und Weltanschauung sehr hoch stelle, zuteil geworden.

In dem gleichen Artikel wird erwähnt, daß meine in den 1800er Jahren erfolgte Berufung von Jülich nach Breslau dem Freiherrn v. Stumm zu danken sei. Den Grad des Einflusses des Herrn v. Stumm auf das Kultusministerium kann ich nicht kennen, aber Tatsache ist nicht nur

2. daß ich Herrn v. Stumm, als er den Kampf gegen meine sozialwissenschaftlichen Kollegen Ab. Wagner und Schmoller begann, dadurch desavouierte, daß ich mich öffentlich an die Seite der Angegriffenen stellte, sondern auch

3. daß Ministerialdirektor Althoff, mit dem allein ich die Berufungsverhandlungen führte, ausschließlich die sittliche Notwendigkeit betonte, dem Lehrmonopol des Kathedersozialismus gegenüber die gegenwärtige Richtung an mindestens einer Stelle in Preußen zu Worte kommen zu lassen, sowie

4. daß mein soziales Glaubensbekenntnis in dem von Ihrem Korrespondenten abfällig beurteilten Buche abgelegt war, lange ehe Herr von Stumm den Kathedersozialismus mit Berufung auf mich bekämpfte. Mein „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung“, in welchem ich die Verelendungstheorie, die Katastrophentheorie, die Akkumulationstheorie einer durchgreifenden und meines Wissens erfolgreichen Kritik unterzog, die später auch von sozialistischer Seite (vgl. z. B. Bernstein) zu erheblichem Teile aufgenommen wurde, ist 1892 erschienen.

Daß ich grundsätzlich anderen Auffassungen huldige als Ihr Korrespondent, sollte ihn nicht unempfindlich für die Wahrheit machen, daß man auch unbezahlter- und unbestochenerweise andere Auffassungen als die seinigen geben kann. . . .“

Dr. Julius Wolf,

ord. Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule Berlin.

bzgl. Vorsteher der Abteilung f. Allgemeine Wissenschaften.

Kriegsbekanntmachungen.

Bekanntmachung von Kupferfabrikanten.

Amlich, Berlin, 1. September. (W. Z. V.) Die Frist für die Einreichung der Meldebüchlein nach der Bekanntmachung vom 20. Juli 1915 — M. 1. 7. 15 K. R. A. — betreffend „Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten“ ist am 29. August abgelaufen. Zur Nachmeldung wurde eine Nachfrist bis zum 15. September 1915 gewährt.

Erneut wird darauf hingewiesen, daß sämtliche gebrauchten und ungebrauchten, also auch die im Betrieb befindlichen Fertigfabrikate, bezüglich ihres unlegierten Kupfergehalts der Meldepflicht unterliegen.

Die Unterlassung der Meldung sowie verspätete oder unvollständige Meldungen werden im § 5 der Bekanntmachung über Vorkontrollen vom 2. Februar 1915 mit empfindlichen Strafen bedroht.

Vordrucke für Meldungen sind bei allen Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich.

Letzte Nachrichten.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 31. August. (W. Z. V.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: In der Gegend von Riga unternahm der Feind in der Nacht zum 30. August einen Angriff vom Abschnitt der Eisenbahn Groh-Edau-Neugut in nördlicher Richtung. Wir hielten den Angriff am Mißgelingen auf. Nordwestlich von Friedrichstadt schlugen wir die Versuche des Feindes, am 29. August die Düna zu überschreiten, zurück. Die Deutschen, welche den Fluß überschritten hatten, wurden von dem rechten Ufer verdrängt. Bei Friedrichstadt unternahm die Deutschen am 29. August in der folgenden Nacht mit Hilfe eines wahren Feuerorkans ihrer Artillerie mehrere erbitterte Angriffe gegen unseren Brückenkopf. Alle Angriffe wurden unter großen Verlusten des Feindes zurückgewiesen. Am rechten Ufer der Wilja gingen wir zur Offensive über, welche sich im Laufe des 30. August erfolgreich entwickelte. An der Front zwischen Wilja und Rjemen halten wir der feindlichen Offensive andauernd Stand. Am Oberlauf des Bobr wiesen wir von neuem die deutschen Angriffe in den Gegenden von Lipiz und Sidra am 29. und 30. August zurück.

An der Front zwischen Grodno und der Ortschaft Grodek hat sich im allgemeinen nichts wesentliches ereignet. In der Gegend von Grodek wiesen wir am 30. August zwei feindliche Angriffe ab. In der Gegend von Wladimir-Wolynskij machten wir ungefähr zweihundert Gefangene, nachdem wir am 29. August Angriffe östlich von Swiniuka abgewehrt hatten. In Galizien unternahm die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen nach einer langen Ruhepause am 29. und 30. August eine Reihe von kräftigen Angriffen gegen unsere gesamte Front. Der Offensive ging ein sehr heftiges Feuer schwerer und leichter Artillerie voraus. Der Feind unternahm besonders erbitterte Angriffe im Norden von Bevelow. In den Gegenden von Pomorzany und Zborow sowie an der Front beim Strypasfluß und zwischen den nach Larnopol und Szertkow führenden Bahnen unternahm der Feind stellenweise acht hintereinander folgende Angriffe, welche insgesamt von unseren Truppen abgeschlagen wurden, die dem Feinde ungeheure Verluste zufügten. — Derselbe war in mehreren Gegenden gezwungen, einen schleunigen Rückzug anzutreten. Dank unseren Gegenangriffen trugen wir an einer breiten Frontstrecke einen beträchtlichen Erfolg davon, indem wir dem Feinde dreißig Kanonen, 24 Maschinengewehre und ungefähr dreitausend Gefangene abnahmen, die zur Hälfte aus Deutschen bestehen.

Russische Finanzsorgen.

Petersburg, 1. September. (W. Z. V.) Wie „Njetsch“ erzählt, hat in Petersburg eine Konferenz von sämtlichen Banken stattgefunden, deren Vertreter sich dahin geäußert haben, daß es nicht wünschenswert sei, jetzt eine innere Anleihe aufzulegen, sondern höchstens kurzfristige Schatzscheine im Betrage von 200 bis 300 Millionen Rubel auszugeben. Dagegen fand ein Projekt für eine ausländische Anleihe Beifall.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der geheimnisvolle Auftraggeber.

Ein Zwischenmeister war vom Schneiderverband vor der Schlichtungskommission des Militärärznerberges auf eine Nachtragsumme von 196 M. verklagt. Er hat für die Spanbauer Munitionsfabriken Patronengürtel angefertigt und dafür 8 1/2 Pf. pro Stück gezahlt, während der Tariflohn 10 Pf. beträgt. Der Zwischenmeister weigerte sich, seinen Auftraggeber zu nennen. Andere Firmen hätten nur 7 Pf. gezahlt. Er sehe nicht ein, warum er jetzt bluten solle.

Kunze führte aus: Der Beklagte weigert sich, die Auftraggeber zu nennen, also muß er bezahlen. Die Spanbauer Munitionsfabriken haben bestimmt, daß die Arbeiten nicht weiter gegeben werden dürfen, außerdem bestimmen sie die Tariffäge und lassen den Lieferanten den Tarif unterzeichnen. Die Unternehmer unterzeichnen auch, aber — sie halten das nicht, was sie versprechen.

Vorsitzender v. Schütz erklärte, daß der Zwischenmeister nicht dafür könne, aber seine Auftraggebende Firma. Diese habe gegen die gute Sitte verstoßen, indem sie sich nicht an ihre Unterchrift gebunden hielt. Uebrigens sei die betreffende Firma sehr leicht herauszufinden, die Munitionsfabriken würden der Schlichtungskommission auf Wunsch schon den Namen mitteilen.

Die Klage endete durch einen Vergleich. Der Beklagte zahlte 150 M.

Deutsches Reich.

Der Buchdruckerverband zählte am 31. Juli 1915 82 022 vollberechtigte Mitglieder, das sind 90,3 Proz. gegen 81,8 Proz. am 12. September des vorigen Jahres. Bei verkürzter Arbeitszeit arbeiteten nur noch 301 Mitglieder gegen die Höchstzahl von 11 657 ebenfalls im September. Auch die Zahl der Arbeitslosen war am höchsten im September mit 18 517 und ist jetzt auf 511 zurückgegangen. Am 30. Januar wurden 3725 zu anderen Berufen übergegangen gezählt, von denen noch 1738 berufsfremd tätig sind. Die Zahl der Einkerkerungen ist von 11 519 am 15. August 1914 auf 26 900 oder 51,1 Proz. am 31. Juli 1915 gestiegen. Der Verband kann im ersten Kriegsjahr nicht weniger als 3345 Reue- und Wiederaufnahmen verzeichnen. Nischenhaft sind die Summen, die für Unterstützungen aufgewandt werden mußten. Die sämtlichen Unterstützungsbezüge erforderten einen Aufwand von fast 5 Millionen Mark, wovon die Arbeitslosenunterstützung allein 3 1/2 Millionen verschlang.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1914.

Mächtig hemmend hat der Weltkrieg in das Entwicklungsleben der Gewerkschaften hineingegriffen. Davon zeugt auch der Jahresbericht des Transportarbeiterverbandes für 1914.

Die agitatorische Verbandstätigkeit umfaßt zwar die hohe Zahl von 34 915 Versammlungen, Besprechungen und Sitzungen; aber das Ergebnis derselben bleibt naturgemäß weit hinter dem früheren Jahre zurück. Zu agitatorischen Zwecken wurden im Laufe des Jahres 300 000 Broschüren und 205 000 Flugblätter vertrieben. Inhaltslos an die Berufscollegen vertrieben. Die Verbandspresse, bestehend aus dem wöchentlich erscheinenden Hauptorgan „Courier“ und den vierzehntägig erscheinenden Branchenorganen „Schiffahrt“, „Straßenbahnen“ und „Werk“, wurde bei Kriegsausbruch auf das Hauptorgan reduziert und auch dieses wurde nur vierzehntägig herausgegeben. Das Ergebnis der Agitation waren 39 937 männliche und 2198 weibliche neue Mitglieder, deren weitaus größte Zahl noch in den Monaten vor dem Ausbruch des Krieges gewonnen wurde. Die Aufnahmezeit ist um rund 40 Proz. gegenüber der des Jahres 1913 zurückgefallen. Dagegen betrug der Mitgliederverlust, gemessen an der Eintrittsziffer, nur 62,1 Proz. gegenüber 66,6 Proz. im Vorjahre. Bis zum 31. Dezember 1914 waren 81 528 Mann — 85,5 Proz. der Gesamtmitgliedschaft zum Seeresdienst einberufen. Die Gruppe Seemannschaft wurde dabei am schwersten getroffen. Ihre Kriegsdienstpflichtigen umfaßten 80,4 Proz. der Mitglieder. An Wochenbeiträgen wurden 7 941 029 oder 22,3 Prozent weniger als 1913 entrichtet. Am Schlusse des Jahres 1914 waren noch 123 000 Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 3 203 093 M., die Gesamtausgabe 3 644 056 M. An Bestand verblieben am 31. Dezember 1914 in der Hauptkasse 642 598 M. In den Ortskassen war am gleichen Tage ein Bestand von 819 137 M. vorhanden. Für Unterstützungen der Verbandsmitglieder wurde verausgabt: für Arbeitslosigkeit, Krankheit und in Notfällen 2 126 310 M., an Kriegsfamilien 114 561 M., außerdem aus dem Reservefonds für den gleichen Zweck 40 700 M. Die Lohnbewegungen verursachten eine Ausgabe von 587 660 M.

Die Arbeitsvermittlungstellen des Verbandes haben auch im Jahre 1915 gut funktioniert. Es wurden diesen 54 797 freie Stellen gemeldet, von denen 48 812 mit Verbandsmitgliedern besetzt werden konnten.

Lohnbewegungen konnten nur in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 geführt werden. Es wurde dabei erreicht: für 29 000 Veteiligte eine Lohnerhöhung von 56 635 M. und eine Verkürzung der Arbeitszeit für 3442 Personen um 16 355 Stunden wöchentlich. Die Bezahlung von Ueberstunden wurde für 9027 Veteiligte durchgesetzt. Ferner wurde erreicht die Bezahlung der Nachtarbeit für 2195 und die Vergütung der Sonn- und Feiertagsarbeit für 5500 Mitglieder. Eine ganze Reihe anderer kleiner Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse konnte für 2500 Personen durchgesetzt werden. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden für 2600 Verbandsmitglieder abgewehrt.

An Tarifverträgen wurden 237 für 1704 Betriebe mit 19 582 Beschäftigten abgeschlossen. In Kraft waren im Jahre 1914 im ganzen 1191 Tarifverträge für 7487 Betriebe mit 94 194 Personen.

Auf dem Verbandstage zu Köln a. Rh. war im Juni 1914 eine gründliche Reform der Beitragszahlung, abgestuft nach dem Einkommen der einzelnen Mitglieder, beschlossen worden. Sie trat am 1. Juli 1914 in Kraft. Als nun im August der Krieg ausbrach, sahen sich Verbandsausfluß und -Vorstand trotz dem gezwungen, die Kranken- und Sterbedienstleistungen aufzugeben. Beide Unterstützungen konnten inzwischen zum Teil wieder eingeführt werden. Die Mitglieder waren einseitig genug, diese einschneidenden Maßnahmen, als durch den Zwang der Verhältnisse gegeben, zu begreifen und dem Verbandsrat treu zu bleiben. So ist heute denn die sichere Gewißheit gegeben, daß der Verband die schwere Zeit des Weltkrieges überwinden und dann mit neu gestärkter Kraft seine Entwicklung weiter nach aufwärts nehmen wird.

Zur dritten Kriegsanleihe!

Was sind Stückzinsen?

Man schreibt uns:

Nach der Bekanntmachung über die dritte Kriegsanleihe beginnt der Zinslauf dieser Anleihe erst am 1. April 1916. Der Erwerber erhält also erstmals am 1. Oktober 1916 Zinsen, und zwar für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober des genannten Jahres. Der Grund liegt darin, daß die Stücke der Anleihe unbedingt vor dem ersten Zinstermin fertiggestellt und ausgehändigt sein müssen, weil nur gegen Abgabe eines Zinscheines den Stückbesitzern die Zinsen gezahlt werden können. Ebenso müssen die Eintragungen in das Schuldbuch fertiggestellt sein, ehe eine Zinszahlung an die Schuldbuchgläubiger geschehen kann. Nun würden aber Reichsdrucker und Reichsschuldenverwaltung nicht instande sein, die Stücke der Kriegsanleihe bis zum März n. J. sämtlich zu liefern und die Eintragungen in das Reichsschuldbuch bis dahin fertigzustellen, zumal es bis jetzt nicht möglich gewesen ist, diese Arbeiten für die zweite Kriegsanleihe ganz zu be-

enden. Es war deshalb nichts anderes möglich, als den 1. Oktober nächsten Jahres zum ersten Zinstermin zu wählen.

Selbstverständlich erwartet das Reich von den Zeichnern aber nicht, daß sie ihm ihr Geld bis zum 1. April n. J. zinslos lassen, vielmehr darf der Zeichner von jeder Zahlung 5 Proz. Zinsen bis zum 31. März n. J. gleich bei der Zahlung abziehen. Diese gleich bei der Zahlung zu verrechnenden Zinsen für die Zeit zwischen dem Zahlungstage und dem Beginn des Zinslaufes des ersten Zinscheines sind die in der Bekanntmachung (siehe Ziffer 8) erwähnten Stückzinsen. Die ersten Zahlungen auf die Anleihe können am 30. September geleistet werden. Von da bis zum Beginn des Zinslaufes ist es gerade ein halbes Jahr, und so betragen die Stückzinsen, die an diesem Tage von den Zeichnern abzuziehen sind, genau die Hälfte eines Jahreszinses oder 2,50 M. für je 100 M. Wer also am 30. September die Zahlung auf 100 M. Kriegsanleihe leistet, braucht tatsächlich nicht den Emissionspreis von 99 M., sondern nur 96,50 M. zu bezahlen. Damit hat er dann aber seine Zinsen für die Zeit bis zum 31. März 1916 voraus empfangen und erhält nun erstmals wieder Zinsen am 1. Oktober 1916, und zwar für die Zeit vom 1. April bis 30. September des genannten Jahres. Vom 18. Oktober, an welchem die erste Rate bezahlt werden muß, bis zum 31. März sind es 162 Tage. Die Stückzinsen für diese Zeit betragen 2,25 Proz.; von dem am 18. Oktober geleisteten Zahlungen gehen also ab 2,25 M., und die tatsächliche Zahlung beträgt nur 96,75 M. für je 100 M. Nennwert. Dieser Betrag ist denn auch für sämtliche Zahlungen an die Post machgebend, weil diese laut Ausfertigung zum 18. Oktober geleistet werden müssen. Für jede 18 Tage, um die sich die Einzahlung weiter verschiebt, ermäßigt sich der Stückzinsenbeitrag um 0,25 Proz.; für den zweiten Einzahlungstermin, den 24. November, beträgt er 1,75 M., die tatsächlich zu leistende Zahlung also 97,25 für je 100 M. Nennwert. Bei den Schuldbuchzeichnungen gehen an den nach Vorstehendem zu zahlenden Beträgen jeweils noch 20 Pf. ab.

Aus Industrie und Handel.

Aufschwung in Amerika — Erschöpfung in Europa.

Prof. Otto Hoegsch schreibt in seiner letzten „Wochenrundschau über ähner Politik in der „Kreuz-Zeitung“:

Es kommt jetzt den Amerikanern immer mehr zu Bewußtsein, daß die heutige Kriegskonjunktur ihnen zu ihrer bisher schon gehalten aktiven Handelsbilanz auch eine aktive Zahlungsbilanz bringt, also das, was zu Anfang des 20. Jahrhunderts schon als in Aussicht stehend galt, bisher aber nicht eingetreten war. Darüber will man sich in Amerika zunächst einmal klar werden, da es mit der Frage vom Weltbanker oder von der Verdrängung des Sterlingwechsels durch den Dollarwechsel doch nicht getan ist. Nun bewährt sich dafür die eine der beiden großen Reformen, die die Präsidentschaft Wilsons in den Friedensjahren durchführte, die sogenannte currency reform in der Schaffung der Bundesreservebanken mit ihrem Bundesreserveamt. Es wird doch jetzt unjweifelhaft, daß sich die Vereinigten Staaten damit eine Zentralnotenbank, eine Bankorganisation schufen, durch die allein erzt ein amerikanischer Geldmarkt von internationaler Bedeutung entstehen konnte. Zu dieser Form aber kommt jetzt auch der Inhalt, das Geld aus den Lieferungen nach Europa. Zu welchen Konsequenzen das führen kann, lehrte eine Rede, die das wesentlichste Mitglied jenes Bundesreserveamtes, Paul W. Warburg, auf der panamerikanischen Handelskonferenz in Washington am 24. Mai hielt. Sie sprach mit dürren Worten eine finanzielle Monroe doktrin aus: Wir sind an einem Wendepunkte unserer Wirtschaftsgeschichte — wir können einen Kredit von 2 bis 3 Billionen Dollar eröffnen — die Bundesreservebanken können den Verkehr mit Südamerika durchaus finanzieren, würden eine liberalere Wechselpolitik machen und könnten auch Auslandswechsel aus anderen Geschäften als zwischen den amerikanischen Republiken übernehmen. Damit kündigte Warburg den New Yorker Wechselkurs als Grundlage eines von Europa unabhängigen Geldverkehrs für ganz Amerika im Sinne James Monroes an.

Am Schluß seines Abschnittes über Amerika bemerkt Prof. Hoegsch:

Wir glauben nicht, daß diese Bäume, wie der Optimismus in Amerika und der Pessimismus in Europa meint, also rasch in den Himmel wachsen werden. Nordamerika braucht noch viel Kapital im eigenen Lande, es kann niemals mit kolonisierenden Menschen der Menschennatur des Südens entgegenkommen, und die Raumverhältnisse, die Rassen- und Konfessionsunterschiede bieten Reibungen und Gegenläge genug. Aber jeder Monat, den der Krieg länger dauert, verbessert die Chancen der Union, weil er ihre Zahlungsbilanz verstärkt. Bei langer Dauer des Weltkrieges erschöpfen sich die europäischen Staaten immer mehr, erstarbt Amerika weiter, entstehen immer größere Lücken und Risse in den Beziehungen, die bisher Südamerika geschäftlich viel enger mit Europa als mit Nordamerika verbanden. Die Folgen treffen ja England unendlich viel stärker als uns, aber auch wir sollen diese Aussichten in die Zeit nach dem Kriege schon heute nicht übersehen.

Als sehr tröstlich kann man diese „Aussichten“ nach den Ausführungen des konservativen Professors nicht betrachten.

Kriegsgewinne.

Die Zuckerpolitik der Regierung hat sich für die Zuckerrfabriken rentiert. So beträgt der Reingewinn der Zuckerrfabriken Brühl bei Köln für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 351 629 M. gegen 85 903 M. im vorigen Jahre. Es werden 14 Proz. Dividende verteilt gegen 4 Proz. im Vorjahre. Dabei betragen die Abschreibungen 144 698 M. im Vorjahre dagegen nur 61 642 M. Der Abschluß würde noch günstiger sein, wenn die Zuckerrfabrik nicht infolge der Beteiligung an Oriskanywerken im Vergleich zum Vorjahre Einbußen in der Höhe von 90 000 M. erlitten hätte. Die Verwaltung hofft, auch für das neue Geschäftsjahr auf ein befriedigendes Ergebnis, „da der noch feststehende amtliche Höchstpreis für Zucker bei der neuen Ernte unter allen Umständen nicht so niedrig sein werde, wie der im abgelaufenen Geschäftsjahr“.

Kartoffelbau auf Oedländereien.

In Chemnitz wurden auf Veranlassung der Stadt 74 Hektar brachliegenden Landes bebaut; davon gehören nur 5 Hektar der Stadt, der Rest ist Privatbesitz und wurde der Stadt zur Verfügung gestellt. Von den Anbauflächen wird ein Ertrag von 75 000 Zentnern Kartoffeln erwartet. Diejenigen, die sich an dem Anbau beteiligten, haben für ihren Bedarf 10 bis 15 Zentner Kartoffeln zur Verfügung und sind somit von den Marktpreisen und Preistreibern unabhängig. Der Rat der Stadt hat beschlossen, im nächsten Jahre die Grundstücke in ähnlicher Weise bebauen zu lassen.

Postverkehr mit Oesterreich-Ungarn.

Nach Kofstanzjewa und Vasse im österreichischen Küstenland sind von jetzt ab wieder zugelassen eingeschriebene Briefe, Briefe mit Wertangabe und Pakete bis 5 Kilogramm ohne und mit Wertangabe bis 100 Kronen. Für Kofstanz ist die Beschränkung des Höchstbetrages im Wertbrief- und Postanweisungsvorkehr auf 300 Kronen aufgehoben worden. Schriftliche Mitteilungen in den Wertbriefen

und in den Paketen, auf den Postanweisungen und Paketarten sind verboten.

Der Privatverkehr mit Tirol ist auch auf Trient ausgedehnt worden. Doch sind nur Pakete an Geschäftsleute zulässig. Schriftliche Mitteilungen in den Paketen und auf den Paketarten sind verboten.

Nach Ungarn und nach Ländern im Durchgang durch Ungarn sind wieder sperrige Pakete zugelassen.

Ausfuhrverbot. Ein Rundschreiben des norwegischen Departements des Äußereren vom 9. August verbietet nach einem Bericht des Generalkonsulats in Kristiania die Ausfuhr von Aluminiumsalzen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 316 der preussischen Armee bringt Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde- 1., 4. und 5. Garde-Reg. a. F.; 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Grenadier-Regimenter Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Reserve-Jäger- und Garde-Schützen-Bataillon; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1 (f. Inf.-Reg. Nr. 41), 4, 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 344), 9, 11, 14 bis einschl. 20, 22, 31, 33, 34 (f. auch Garde-Reserve-Reg. Nr. 5), 36, 39 (f. Inf.-Reg. Nr. 49), 41, 42, 43, 45, 49, 52, 56, 59 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 344), 63, 71, 78, 79 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 77), 80, 81 (f. Inf.-Reg. Nr. 267), 82, 83, 85, 88 bis einschl. 92, 98, 113, 116, 117, 130, 132, 135, 140 (f. Inf.-Reg. Nr. 49), 142, 149, 150, 151, 154, 156, 160, 164 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 77), 169, 170, 171, 173, 174, 175, 176, 390, 332, 344, 357, 359, 360, 365, 371; Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 17, 18, 19, 20, 23, 28, 34 (f. auch Garde-Reserve-Reg. Nr. 5), 52, 56, 61, 77, 91, 98, 109, 111, 211, 212, 213 (f. Inf.-Pionier-Komp. der 46. Inf.-Division), 214, 215 (letzte beiden siehe auch Inf.-Pionier-Komp. der 46. Inf.-Div.), 216 (f. Inf.-Pionier-Komp. der 46. Inf.-Div.), 221, 222 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 49), 223, 224, 231, 232, 237, 250, 251, 267, 270, 271; Inf.-Regimenter Nr. 28 und Gropp (siehe Inf.-Reg. Nr. 344); Inf.-Regimenter Nr. 2; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 9, 18, 21, 31, 34, 37, 39, 48, 52, 81 (f. Inf.-Reg. Nr. 49), 87 (f. Inf.-Reg. Nr. 17), 100; Landsturm-Inf.-Regiment Nr. 11; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 6 (f. Inf.-Reg. Nr. 357), 8, 10, 12 (alle drei siehe Inf.-Reg. Nr. 350), 14 (f. Inf.-Regiment Nr. 360), 41 (f. Inf.-Reg. Nr. 365), 76 (f. Inf.-Reg. Nr. 371); Landsturm-Inf.-Bataillone: II Dortmund, I Frankfurt a. O., Lübeck, Raumburg, I Scharoda, II Stade; Landsturm-Inf.-Ersatz-Bataillone: II Marienwerder und 1. des 6. Armeekorps; Jäger-Reg. Nr. 2, Bataillon Nr. 2 (f. Inf.-Reg. Nr. 344), 4 (siehe Inf.-Reg. Nr. 49), Inf.-Bataillone Nr. 3, 11, 14 (f. Jäger-Reg. Nr. 2), 20, 23; Radfahrer-Kompagnien: 2. Königsberg und Rülter des Gouvernements Libau, Inf.-Radfahrer-Komp. Nr. 81; Maschinengewehr-Abteilung Nr. 4, 1. mobile Inf.-Maschinengewehr-Kompagnie des 20. (f. Inf.-Reg. Nr. 344) und 2. des 21. Armeekorps, Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 190, 206 (f. Inf.-Reg. Nr. 82), Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 und 4 Thorn und Nr. 11 Döbensofen, Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 Reg., Maschinengewehr-Battalionskommando Soltau.

Kavallerie: 3. Garde-Landwehr-Eskadron, Manen Nr. 1, 2 (f. 1. Feldbataillon-Reg. des 6. Armeekorps) und 16. Sülzaren Nr. 4, 6 (siehe f. 1. Feldbataillon-Reg. des 6. Armeekorps), 1. Feldbataillon-Regiment des 6. Armeekorps.

Feldartillerie: 4. Garde- und 1. Garde-Reserve-Regiment, Regimenter Nr. 1, 10, 25, 26, 27, 35, 39, 40, 51, 56, 60, 61 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 25), 62, 72, 73, 74, 90, 103, 108, 213, 220, 233, 237, Reserve-Regimenter Nr. 25, 45, 46, 49, 68, Abteilung Nr. 203.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 6 (f. Inf.-Reg. Nr. 25), 18, 20, Reserve-Regimenter Nr. 17, 18, 25, Reserve-Bataillon Nr. 40, Batterien Nr. 102, 104, 237, 250, 254, 2. Reserve-Batterie Nr. 24, Mörser-Regiment Nr. 6.

Pioniere: Regimenter Nr. 18, 19, 25, 29, 31, Bataillone: II. Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 3, I. Nr. 4, I. Nr. 6, I. Nr. 9, I. und II. Nr. 10, II. Nr. 11, I. Nr. 16, II. Nr. 21, I. und II. Nr. 26, III. Nr. 28, Reserve-Bataillon Nr. 34, Ersatz-Bataillone Nr. 8 und 26, Kompagnie Nr. 99, Reserve-Kompagnien Nr. 75, 78, 85, Inf.-Pionier-Kompagnie der 46. Reserve-Division, 2. Landw.-Komp. des 1., 1. des 6. und 2. des 17. Armeekorps, Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 114 und 153, Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 30.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 8, Eisenbahn-Hilfs-Bataillon Nr. 3, Reserve-Eisenbahn-Baukompagnie Nr. 12, Landwehr-Eisenbahn-Baukompagnie Nr. 1, Festungs-Eisenbahn-Baukompagnie Nr. 6, Reserve-Fernsprecher-Abteilung Nr. 17, Luftschiffer-Bataillon Stollwerck (f. Inf.-Reg. Nr. 23), Feldfliegertruppe, Kraftfahr-Bataillon, Kaiserliches Freiwilliges Automobilkorps.

Train: Train-Ersatz-Abteilungen Nr. 2 und 18, Reserve-Divisions-Präsidententrain Nr. 82, Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 106, Fuhrparkkolonnen Nr. 111, 157, 158, Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 75 der 48. Reserve-Division, Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 29 der 1. Armee.

Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonne Nr. 54, Reserve-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 50, Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 6 des 6. Armeekorps, (F)-Artillerie-Munitionskolonnen der 119. Infanterie-Division und Nr. 4 der 88. Inf.-Division, Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 13.

Sanitäts-Formationen: Landwehr-Sanitäts-Komp. Nr. 24, Festungslazarett Kuhl.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillon Nr. 20, Straßenbau-Kompagnie Nr. 17.

Feldpost: Feldpostexpedition der 83. Infanterie-Division, Feldpoststation Nr. 157.

Die sächsische Verlustliste Nr. 188 meldet Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 101, 103, 104, 107, 179, Inf.-Regimenter Nr. 104, 138, Ersatz-Inf.-Regimenter Nr. 32, 40, Landw.-Ersatz-Reg. Nr. 5, Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 47, Landsturm-Inf.-Reg. Nr. 19, Landsturm-Inf.-Bataillone Bougen (XII. 3), Freiberg (XII. 6), Rittau (XII. 7), Leipzig (XIX. 3), Töbels (XIX. 8), Chemnitz (XIX. 11), Ersatz-Bataillon, Ersatz-Regiment Nr. 6, Inf.-Reg. Nr. 102, Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 181; Feldartillerie-Regimenter Nr. 12, 28, 68, 77, 78, 115, 245, Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40, 53, 54, Inf.-Abteilung Regiment Nr. 48, Landsturm-Batterie des 19. Armeekorps.

Die württembergischen Verlustlisten Nr. 253 und 254 veröffentlichen Verluste der 54. Inf.-Brigade, Stab, Inf.-Reg. Nr. 52, Grenadier-Reg. Nr. 119, Inf.-Reg. Nr. 120, Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 121, Füsilier-Reg. Nr. 122, Inf.-Reg. Nr. 125, Landwehr-Inf.-Regiment Nr. 126, Inf.-Reg. Nr. 246; Inf.-Reg. Nr. 123, Inf.-Reg. Nr. 126; Sanitäts-Komp. Nr. 2; Verichtungen früherer Verlustlisten; Landsturm-Inf.-Reg. Nr. 13, Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120, Inf.- und Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 121, Füsilier- und Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 122, Inf.- und Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 125; 2. Feld-Pionier-Komp.; Fernsprecher-Abteilung Nr. 13.

Verzeichnis Nr. 1 der aus England zurückgeführten Austauschverwundeten zugleich als Verichtungen der betr. früheren Verlustlisten.

Eingegangene Druckschriften.

Feldgrau Flugschriften. 2. Huser Kampf gegen den englischen Hungerfeind. 15 Pf. Adler u. Herber, Heidelberg.
Der Aufstieg des Islam. — Die Welt nach dem Kriege. — Kriegsziele gegen England. Von D. Treisch. Einzelheft 1 M. Pusthammer u. Wälchli, Berlin W 56.
Die Stühnenfrage. Zionismus und Grenzschutz. Von O. Treisch. N. A. Lehmann, München.

Aus Groß-Berlin.

Preis-Kontrolle für Lebensmittel.

Die zur Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise eingerichtete Organisation der Stadt Berlin ist bekanntlich derart ge- gliedert, daß neben einem Zentralausschuß vier Fachausschüsse ge- bildet sind. Diese Fachausschüsse sind nunmehr zusammengetreten und haben ihre Arbeit aufgenommen. Fachausschuß a bearbeitet Obst, Gemüse und Kartoffeln; Fachausschuß b: Fleisch, Fleisch- waren, Fleischfette und Fische (frisch, gesalzen, geräuchert); Fach- ausschluß c: Milch und ihre Produkte, Eier, Pflanzenfette und Öle; Fachausschuß d: Hülsenfrüchte, Reis, Grieß, Graupen, Kolonial- waren und Konserven.

Es ist beim Magistrat eine besondere Abteilung für Preis- kontrolle eingerichtet worden. Die Geschäftsräume befinden sich Poststraße 16.

Die Maßnahmen gegen die Cholera.

Aus informierten Kreisen wird berichtet:

Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Ver- hütung von Cholerafällen haben in der Bevölkerung hier und da Besorgnisse hervorgerufen, die indessen in keinerlei Weise begründet sind. Bei den vorgekommenen einzelnen Erkrankungen muß man zwischen eingeschleppten Fällen und sogenannten Wasser- erkrankungen unterscheiden. Bei den ersteren handelt es sich um Erkrankungen von Verwundeten. Diese hier und da vorgekommenen Erkrankungen sind überall gänzlich vereinzelt geblieben. Auch die gleichfalls eingeschleppten Fälle in einzelnen Gefangenenlagern haben keine weitere Verbreitung gefunden, und auch diese Erkrankungen sind im Erlöschen.

Die sogenannten Wassererkrankungen scheinen ihren Ursprung in Verdauung zu haben. Dort war ein Soldat erkrankt. Er nahm die Gabe des Arztes erst nach drei Tagen in Anspruch und habete in der Zwischenzeit auch in der Ober. Auf seinen Fall werden einige wenige andere Einzelerkrankungen zurückgeführt, die in Frankfurt a. O. und drei anderen Orten vorkamen. Es muß jedoch be- zont werden, daß diese Fälle dank der sofort getroffenen Vorsichts- maßnahmen gänzlich vereinzelt geblieben sind. Es kann also wiederholt werden, daß nicht der geringste Grund zu irgend einer Beunruhigung vorliegt. Die vom Polizeipräsidenten erlassene War- nung, ungekochtes Wasser zu verwenden, bezieht sich, wie sich aus dem Verlauf der Bekanntmachung klar ergibt, nur auf die Ent- nahme von Wasser aus Flußläufen, nicht aber auf Wasser aus der Wasserleitung.

Der Raubmord in Weißensee.

Das Kapitalverbrechen in der Hoeldestraße hält die Bewöhrer- schaft von Weißensee noch immer in Aufregung. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei setzte alsbald nach der Entdeckung des Verbrechens ein, führte aber bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis. Die Bekanntmachung wurde noch in der Nacht von Kriminalbeamten auch in Gast- und Schankwirtschaften ausgehängt, um ihr eine möglichst weite Verbreitung zu geben. Es steht fest, daß Fräulein Klauß kurz nach 8 Uhr ihren Laden geschlossen hat. Ein benachbarter Geschäftsmann, der um 8 Uhr selbst geschlossen hatte, sprang zehn Minuten nach 8 Uhr noch rasch zu ihr hinüber und kaufte eine Kleinigkeit. Sie war jetzt gerade mit dem Ausräumen des Ladens fertig. Der Kunde sah dann, daß sie den hölzernen Vorhang her- unter ließ, und bemerkte kurz darauf von feiner dem Laden gegen- über liegenden Wohnung aus durch die Stützstangen des Vorhangs noch Licht schimmern.

Wie eine genauere Untersuchung der Räume ergab, hat der Mörder sich auch gereinigt. Voru im Laden fand man Blutropfen aus einem Glashafen, der mit Säubenseife an der äußeren Seite des Ladentisches stand, und unmittelbar vor diesem Ladentische selbst Blutropfen, nicht Spritzer. Die Erklärung dafür hat man jetzt auch gefunden. Der Mörder hat sich ohne Zweifel nicht nur mit dem Blut der Ermordeten besudelt, sondern sich auch selbst an der Hand blutig verlegt. Ein Wassereimer, das Fräulein Klauß zu benutzen pflegte, fand er nicht, weil es mit einem Scheuertuch verdeckt war. Er ging deshalb an den Aus- gang der Wasserleitung und wusch sich dort. Hierzu holte er aus dem Hofen, der mit Säubenseife gefüllt war, ein Stück heraus, und dabei tropfte Blut aus seiner Verletzung auf den Hofen und auf den Fußboden vor dem Ladentisch. Das Seifensstück ließ er nach dem Gebrauch in dem Ausgang liegen. Es ist genau so ein Stück, wie der Hofen sie enthält, und frisch in Verwendung genommen. Alles das deutet auf einen Verbrecher hin, der nach vorbereitem Plane zu Werke ging. Auch das Liegenlassen des Nadelgeldes spricht dafür, nicht um wenigsten aber auch der Umstand, daß der Mörder auch die goldene Uhr, ein Armband und andere Schmuckstücke, die zum Teil auf dem Vertiko und zum Teil auf dem Schreibtisch frei da- lagen, nicht mitgenommen hat.

Aus dem Publikum gingen der Kriminalpolizei schon gestern abend allerhand Mitteilungen zu, die aber ohne Ergebnis nach- geprüft wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mörder seine blutbesudelte Kleidung irgendwo reinigen läßt. Reinigungsanstalten, Schneidermeister usw. werden im Interesse der Ermittlungen ersucht, hierauf zu achten.

Der Bruder der Ermordeten ist gestern morgen aus Mänslein, wo er bei den Jägern steht, hier angekommen.

Die Vernehmung des Bruders der Ermordeten, der heute bei der Kriminalpolizei eintraf, klärte einige Dinge auf, die bisher noch nicht feststanden. Nach der Auskunft, die er über die Kassenverhält- nisse geben konnte, hat der Mörder viel mehr erbeutet, als bisher angenommen werden mußte. Klauß brachte, als er in Urlaub hier war, nicht den ganzen Kassenbestand nach der Bank, sondern nur 1000 Mark. Weitere 550 Mark blieben bei der Schwester in der Wohnung: 2 Hundertmarkstücke, 4 Zwanzigmarkstücke, das übrige in Zwanzig-, Zehn- und Fünfmarkstücken und in Silber. Die Goldstücke hatte die Schwester besonders zurückgelegt, weil sie gehört hatte, daß Truppenente, denen man Gold schenke, Angehörigen der Einländer einige Tage Urlaub gäben. Diese 550 M. befanden sich in einem mit Klammern ausgelegten Holzkasten, der stets in dem Schreibtisch im Wohnzimmer eingeschlossen war. Die übrige Kasse enthielt die Lösung von drei Tagen. Am Sonnabend be- trug sie 180 M., am Sonntag und Montag je über 100 M. Das ergibt mindestens 970 M. Dazu kommt noch Kupfer- und Nadelgeld, das sich ebenfalls in dem Holzkasten befand, das Klauß aber nicht gezählt hat. Alles in allem sind hiernach dem Mörder rund 1000 M. in die Hände gefallen. Weil er eine beträchtliche Summe erbeutete, so wird der Mörder sich wahrscheinlich bald neue Kleider beschaffen und dann wohl auch versuchen, die mit Blut besudelten irgendwie zu befeuchten.

Der Obduktionsbefund.

Die Leiche des ermordeten Fräulein Klauß wurde gestern nach- mittag im Berliner Schauhaus von dem Gerichtsarzt Medizinalrat

Dr. Störmer und Geheimrat Dr. Strahmann obduziert. Das un- glückliche Opfer des Mörders erhielt nicht weniger als 18 schwere Dolchstiche, davon zehn in den Hals und zwei in den Rücken, da- gegen keinen einzigen in die vordere Körperseite. Die Leberfallene floh also vor dem Mörder, der sie verfolgte, aber nicht sah und blindlings mit großer Wucht auf sie einfiel. Einige Stiche gingen bis zu 9 Zentimeter tief. Fast alle waren tödlich und lagen horizontal. Die großen Schlagadern und auch alle kleinen Adern wurden durchschnitten und durchstoßen. Schon die ersten Stiche hätten den Tod gebracht. Das Opfer konnte sich nur noch mit den letzten Anstrengungen des Todes- lampfes flüchten, bis zu der Stelle schleppen, an der es zusammen- brach und verstarb. Es starb an Verblutung, die so vollständig war, daß der Körper bei der Obduktion ganz blutleer erschien. Mit einem in das Gefäß gekörigten Messer, das im Laden ge- funden wurde und an einer Stelle mit Blut besudelt war, kann die furchtbare Tat nicht ausgeführt worden sein. Das Werkzeug muß ein ziemlich breiter Dolch gewesen sein, einige Stiche, messen bis zu 4 Zentimeter in der Breite. Der Dolch war scharf geschliffen, denn alle Stichwunden sind scharfrandig. Bei der ersten Verletzung der Leiche glaubte man auch Würgekrämpfe und Einbrüche von Fingernägeln wahrzunehmen. Die Obduktion erwies aber diese Annahme als irrig. Einige Körperteile wurden zu mikroskopischer Untersuchung zurückgehalten, im übrigen aber die Leiche zur Be- erdigung freigegeben.

Im Laufe des gestrigen Tages liefen bei der Kriminalpolizei eine Reihe von Anzeigen ein, die noch nachgeprüft werden. Bis jetzt hatten diese Ermittlungen noch keinen Erfolg.

Windsfaden sparen!

Man schreift uns:

Geben wir jetzt auch mit dem Unwichtigsten und Gering- geachtetsten sorgsam um, so können wir dadurch an Rohstoffen sparen, und beschränken bei den gestiegenen Rohstoffpreisen die Ausgaben wesentlich.

In dieser Beziehung sei beispielsweise auf den Windsfadenver- brauch aufmerksam gemacht.

Der deutsche Jahresbedarf an Windsfaden beträgt 25—30 Millionen Kilogramm. Der hierzu benötigte Rohstoff hat einen augenblicklichen Wert von ungefähr 60 Millionen Mark. Diese Zahlen lassen erkennen, welche Beträge für die Volkswirtschaft wäh- rend des Krieges durch Sparmaßnahmen gewonnen werden können. Wäher finden diese Werte ihren Untergrund zum großen Teil im Papierkorb, Schrottschleimer und Feuer des Kochherdes.

So unwichtig Windsfaden an sich erscheint, so wenig kann er im Warenverkehr entbehrt werden. Damit der vorhandene Rohstoff den Bedürfnissen des Krieges vorbehalten bleibt, und damit unser Wirtschaftsleben durch den Mangel an Windsfaden nicht erschwert wird, muß jeder einzelne familiäre Windsfaden zukünftig sorgsam gesammelt und von neuem verwertet werden. Wir sind gewohnt, mit diesem unentbehrlichen Verpackungsmaterial im großen und ganzen ver- schämberisch umzugehen, wenigstens einzelne sparsame Hausfrauen schon seitiger die mühsam erknosteten Windsfadenden für zukünftigen Gebrauch auf Anruel wickelten. Da Windsfaden durch den Gebrauch nicht verloren geht, und durch Aneinanderknöten die einzelnen Enden immer wieder zu neuer Verwendung geeignet gemacht werden können, so können beträchtliche Mengen Rohstoffe für wichtigere Zwecke Verwendung finden und außerdem nicht un- bedeutende Werte für die deutsche Kriegswirtschaft gespart werden. Wenn daher zukünftig in jeder Fabrik, in jedem Geschäft und in jedem Haushalt familiärer Windsfaden gesammelt und wieder von neuem zur Verwendung hergerichtet wird, so können wir mit den augenblicklichen Vorräte noch auf sehr lange Zeit auskommen.

Es würde sich außerdem empfehlen, daß die Spinnerereien den Anlauf von gebrauchtem Windsfaden in die Wege leiten, um ihn wieder herzurichten und den Verbrauchern von neuem zuzuführen. Bei der bewährten Anpassungsfähigkeit unserer Industrie wird es den Windsfadenfabriken zur Ersparrung von Feuertreibstoff sicher- lichen gelingen, in Kürze Windsfaden herzustellen, dessen Kern aus Hanf oder Flach, im übrigen aber aus Papier hergestellt ist. Auch nur aus Papiergarnen hergestellter Windsfaden kann in zahlreichen Fällen als Ersatz Verwendung finden.

Reis — Delikatess?

Im „Lokal-Anzeiger“ lesen wir:

Der Preis für Reis im Kleinverkauf betrug sich in jüngster Zeit im allgemeinen zwischen 75 und 80 Pf. Mehr und mehr trat Mangel an Ware ein, so daß zurzeit viele Kleinhandelsgeschäfte keinen Reis mehr führen. Der Großhandel ist nicht in der Lage, Angebote zu machen, da er schon längst über seine Vorräte mehr verfügt. Solche befinden sich heute nur noch im Gewahrsam der Zentral-Einlaufgenossenschaft und der Gemeinden, die keine Ware abgeben, um einen eisernen Bestand aufrecht zu erhalten. Die Bezugsangebote von Hamburg lauten auf 85 Pf. für das Pfund ab Hamburg. Demnach wäre dieser Reis im Berliner Kleinhandel nicht unter einer Mark zu verkaufen. Unter diesen Umständen kann man es nur begrüßen, daß die Kleinbändler nach Mitteln und Wegen suchen, um der Bevölkerung Reis zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Der Verein Berliner Kolonialwarenhändler ist zu diesem Zweck an die Berliner Stadtverwaltung wegen deren Mitwirkung heran- getreten, und man darf wohl annehmen, daß diese an ihrem Teile dazu mitwirken wird, zu verhindern, daß der Reis, der bisher zu unseren Nahrungsmitteln zählte, zur „Delikatess“ wird.

Zurückblickend hat der Magistrat große Mengen Reis eingelaufen und läßt sie lagern, etwa 4000 Zentner. Es wäre sehr an der Zeit, diese Vorräte an die Bevölkerung direkt zu einem billigen Preise abzugeben, anstatt den Reis lagern und schließlich gar noch verderben zu lassen, wie das leider mit großen Kartoffelmengen schon gegangen ist.

Tödlicher Straßenbahnunfall.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 1/3 Uhr in Reutöfen zugetragen. Vor dem Hause Verlinder Straße 98 bog plötzlich ein Pferdeomnibus der Linie 26 kurz vor einem in der gleichen Richtung verkehrenden Straßenbahnzuge der Linie 47 auf das Gleis und wurde an- gefahren. Ein Fahrgast des Omnibusses, Herr Richard Hamel, der sich aus dem offenen Gefährt in dem Augenblick des Zusammenstoßes hinausgeschleht hatte, stieß mit dem Kopf gegen die Seitenscheibe des Wagners, die zertrümmert wurde. Hamel erlitt dabei so schwere Schnittwunden am Halse und Gesicht, daß er auf dem Transport zur Unfallstation starb. Die Leiche des Verunglückten wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Aus den Gemeinden.

Aus der Pantower Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich am Dienstag mit der Verlegung von Berliner Militär nach Pantow. Für die Unter- bringung sind die 2., 4. und 6. Gemeindegemeinde sowie zwei Privat- gebäude mit geeigneten Räumen auszuweisen worden. Als Zeitpunkt der Uebersiedlung ist der 1. Oktober festgelegt. — Zu einer leb- haften Erörterung führte ein von mehreren bürgerlichen Vertretern gestellter Antrag, der die Aufhebung eines im Juni 1907 gefaßten Beschlusses bezweckte, welcher Gemeindeberordnete von der Beteiligung

an Submissionen bei Vergebung von Gemeindeforderungen ausschloß. Der Antrag wurde damit begründet, daß der damals gefaßte Beschluß eine Ungerechtfertigung gegen die Gemeindeberordneten in sich schloß und außer- dem infolge der namentlich seit Kriegsbeginn geübten Abschließungs- politik eines großen Teils der Groß-Berliner Gemeinden und vor allem Berlins selbst bei Vergebung von Gemeindeforderungen nicht mehr zeitgemäß sei. Der Gemeindevorstand konnte diese Gründe nicht für stichhaltig anerkennen und hielt es für rat- sam, den Beschluß vom Jahre 1907 im Ge- meindeinteresse weiter bestehen zu lassen. Von unseren Vertretern trat Genosse Schmidt ebenfalls für Fortbestehen jenes Beschlusses nicht nur im Gemein- interesse, sondern auch im Interesse des Ansehens der Gemeindevertretung ein. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Antrag auf Aufhebung des Gemeindebeschlusses vom Jahre 1907 gegen 7 Stimmen angenommen. — Weiter wurde noch beschlossen, von der Benutzung Gebrauch zu machen, während des Krieges von der Aufstellung von Wählerlisten abzusehen und für diesmal die Gemeindevahlkarte auf Grund der alten Gemeindevählerliste zu voll- ziehen.

Zeichnet die dritte Kriegsleihe!

Wir werden um Aufnahme folgenden Aufrufs gebeten: Abermals ergoht an das gesamte deutsche Volk die Aufforderung: Schafft die Mittel herbei, deren das Vater- land zur weiteren Kriegsführung notwendig bedarf!

Seit mehr als Jahresfrist steht Deutschland einer Welt von Feinden gegenüber, die ihm an Zahl weit überlegen sind und sich seine Vernichtung zum Ziel gesetzt haben. Gewaltige Waffentaten unseres Heeres und unserer Flotte, großartige wirtschaftliche Leistungen kennzeichnen das abgelassene Kriegsjahr und geben Gewähr für einen günstigen Ausgang des Weltkrieges, den in Deutschland nie- mand gewünscht hat, auf dessen Entfesselung aber die Politik unserer heutigen Gegner seit Jahren zielbewußt hingearbeitet hat. Aber noch liegt Schweres vor uns, noch gilt es, alles einzuleiten, weil alles auf dem Spiele steht. Täglich und stündlich wagen unsere Brüder und Söhne draußen im Felde ihr Leben im Kampfe für das Vater- land. Jetzt sollen die Dahingeblichenen neue Geldmittel herbei- schaffen, damit unsere Helden draußen mit dem zum Leben und Kampfen notwendigen Dingen ausgestattet werden können. Ehren- jache ist es für jeden, dem Vaterlande in dieser großen, über die Zukunft des deutschen Volkes entscheidenden Zeit mit allen Kräften zu dienen und zu helfen. Und wer dem Rufe Folge leistet und die Kriegsleihe zeichnet, bringt nicht einmal ein Opfer, sondern wahr- zugleich sein eigenes Interesse, indem er Wertpapiere von hervor- ragender Sicherheit und glänzender Verzinsung erwirbt.

Darum zeichnet die Kriegsleihe! Zeichnet selbst und helft die Gleichgültigen aufrütteln! Auf jede, auch die kleinste Zeichnung kommt es an. Jeder muß nach seinem besten Können und Ver- mögen dazu beitragen, daß das große Werk gelingt. Von den beiden ersten Kriegsleihen hat man mit Recht gesagt, daß sie gewonnene Schlachten bedeuten. Auch das Ergebnis der laut gestriger Be- launtmachung des Reichsbank-Direktoriums zur Zeichnung angelegten dritten Kriegsleihe muß sich wieder zu einem großen entscheiden- den Siege gestalten!

Soziales.

Schiebungen einer Zeitungsfrau.

Vor dem Gewerbegericht klagte eine Zeitungsaussträgerin gegen die Firma a R u d o l f M o s s e wegen Zahlung zurück- behaltene Lohnes.

Wie sich in der Verhandlung herausstellte, hält die Firma den Lohnabzug für berechtigt, weil die Frau durch eine unzulässige Mani- pulation einen Teil der inaktierten Abkommensgelder für sich be- halten haben soll. Nachdem die Klägerin im Laufe des Monats ausgeführt und eine andere Frau ihre Tour erhalten hatte, stellte sie heraus, daß eine Anzahl Abkommens der „Volks-Zeitung“, denen von der neuen Aussträgerin Wochenquittungen präsentiert wurden, behaupteten, sie hätten der früheren Aussträgerin schon ein Monats- abkommen bezahlt. Der zuständige Filialleiter will elf derartige Fälle festgestellt haben. Ob diese Feststellungen einwandfrei sind, blieb sehr zweifelhaft. Aufschneidend trügen sie sich nur auf die in gutem Glauben gemachten Angaben der neuen Aussträgerin, die sich dieselbst mit dem Behauptungen der Abkommens, sie hätten ein Monatsabkommen bezahlt, begnügt haben wird. Ob sie in allen Fällen die Monatsquittungen bei den Abonnenten gesehen hat, blieb zweifelhaft. Mögliche sind Schiebungen der angegebenen Art nur dadurch, daß der Filialleiter nicht weiß, wie- viel Wochen- und wieviel Monatsabkommen er hat und deshalb den Zeitungsfrauen Blankquittungen übergibt, welche sie selbst mit dem Wochen- oder Monatsbetrage ausfüllen. — Vom Richtertische wurde dem Vertreter der Firma Mosse gesagt, diese Art der Geschäftsführung müsse Leuten, die zu Unredlichkeiten neigen, einen Anreiz zu betrügerischen Handlungen geben. Wenn die Firma eine Abonnentenliste hätte, nach der ihre Angestellten selbst die Quittungen ausfüllen, dann würden Unredlichkeiten der Zeitungsfrauen unmöglich gemacht. — Der Filialleiter meinte, die Aus- füllung der Quittungen durch die Zeitungsfrauen sei allerdings eine Vertrauenssache. Deshalb solle dieser Fall ausgefochten werden, um Wiederholungen vorzubeugen. — Da das Gericht keine volle Klarheit in diese Angelegenheit bringen, namentlich nicht feststellen konnte, wie hoch der von der Klägerin für ihre Leiste einfallende Abkommensbetrag war, so nahmen die Parteien einen Ver- gleichsvorschlag an, wonach die Firma der Klägerin 4,50 M., etwa ein Drittel ihrer Forderung, zahlte.

25 Pf. Stundenlohn, 37 1/2 Proz. Unternehmerrgewinn.

Der Verlag der „Deutschen Tageszeitung“ hatte von dem „Adressenverlag Otto“, Inhaber Hermann E i c h s e l d, einen Schreiber bezogen, dem Eischeld einen Stunden- lohn von 25 Pf. zahlte, während Eischeld von der „Deutschen Tages- zeitung“ für diesen Schreiber 40 Pf. pro Stunde erhielt. In Wirk- lichkeit liegt hier nichts weiter vor, als eine Vermittlerleistung des „Adressenverlag Otto“, für welche der Inhaber Eischeld bei jeder mit dem Stundenlohn von 25 Pf. bezahlten Arbeitsstunde des Schreibers einen haren Gewinn von 15 Pf. = 37 1/2 Proz. einsteckte. Als der Schreiber eine besser bezahlte Arbeit gefunden hatte, trat seine Frau in die Arbeit bei der „Deutschen Tageszeitung“ ein, nachdem sie vom „Adressenverlag Otto“, dem eigentlichen Arbeitgeber, eingestell- tet war, von dem sie auch wöchentlich ihren Lohn erhielt. Als die Ar- beit bei der „Deutschen Tageszeitung“ beendet war, glaubte die junge Dame, sie würde in den Schreibstufen des „Adressenverlag Otto“ weiterbeschäftigt werden. Sie wurde aber entlassen und klagte dann beim Gewerbegericht auf Entschädigung der Kündigungsfrist. Die Kammer wies die Klägerin ab, weil aus den Um- ständen gefolgert werden müsse, daß die Klägerin nur für die durch

den Bedarf der „Deutschen Tageszeitung“ begrenzte Zeit eingestellt worden sei.

Unfallversicherung der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten.

Die Leitung der Düsseldorf-Berwundetenkassen hat beim Reichsversicherungsamt in Berlin angefragt, ob die gewerblich beschäftigten Kriegsbeschädigten der Unfallversicherung unterliegen. Daraufhin hat das Reichsversicherungsamt — Abteilung Unfallversicherung — folgende selbstverständliche Antwort erteilt:

Bei der Versicherung der in unfallversicherungsrechtlichen Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten gilt im allgemeinen folgendes: Gemäß § 554 Abs. 1 Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung sind Militärpersonen der Unterklasse, für die das Mannschaffs-Versorgungs-Gesetz (Reichsgesetzblatt 1906, Seite 593) gilt, versicherungsfrei. Bezüglich der Unfallversicherung hat jedoch das Reichsversicherungsamt grundsätzlich entschieden, daß Soldaten, die außerhalb ihres militärischen Dienstverhältnisses in versicherungsrechtlichen Betrieben tätig sind, als Arbeiter dieser Betriebe und deshalb als versicherungspflichtig zu betrachten sind. So sind beispielsweise beurlaubte Soldaten, die bei Erntearbeiten Hilfe leisten, in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und trotz ihrer Soldateneigenschaft versichert. Das gleiche gilt von Soldaten, die während der Dienstzeit beurlaubt sind, um bei Kasernenbauten tätig zu sein, die für Rechnung eines Bauunternehmens ausgeführt werden und bei denen sie von diesem ihren Lohn erhalten. Die gleichen Grundsätze gelten für die Kriegsbeschädigten. Soweit diese während der Lazarettbehandlung zum Zwecke der Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zur Beschäftigung kommandiert werden (sogenannte Arbeits-therapie), unterliegen sie daher nicht der Versicherungspflicht der Reichsversicherungsordnung, sondern dem Mannschaffs-Versorgungs-Gesetz. Falls aber die Kriegsbeschädigten, wenn auch nur auf kürzere Zeit, in unfallversicherungspflichtigen Betrieben zur Beschäftigung beurlaubt werden, so treten sie in diese Betriebe als versicherungspflichtige Arbeiter ein und unterliegen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. In zweifelhaften Grenzfällen muß im instanzmäßigen Verfahren entschieden werden, ob die Versicherungsträger der Unfallversicherung zuständig sind, oder ob es sich lediglich um eine arbeits-therapeutische Maßnahme der Militärverwaltung handelt, für die das Mannschaffs-Versorgungs-Gesetz maßgebend ist.

Gerichtszeitung.

„Salzwasser mit Fettungen.“

In die Geheimnisse der Bouillonwürfel-Fabrikation leuchtete eine Verhandlung hinein, welche das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats von Tressow beschaffte.

Wegen wissenschaftlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz war die Fabrikantin Frau Elisabeth Petzella angeklagt. Die Angeklagte ist Mitinhaberin der Bouillonwürfel-Fabrikation u. Petzella, die unter der Bezeichnung „Allerfeinste Süßenerbrühe“ Bouillonwürfel in den Handel bringt. Nach der eigenen Angabe der Angeklagten werden zur Herstellung von 3500 Würfeln folgende Materialien verwandt: 20 Kilo Salz, 2 1/2 Kilo Zucker, 1/2 Kilo Farbe, 8 Kilo Magginsol, 1 Kilo flüssige Würze, 2 Kilo Fett und 2 Kilo gefalzene Hühnerfleisch. Aus diesen Materialien lassen sich nun, wie der Sachverständige, Professor Dr. Judenack, befandete, nicht nur 3500 Würfel, sondern wie eine einfache Gewichtsprobe ergeben habe, über sieben-tausend Würfel herstellen. Wenn man mit diesen Würfeln nun

eine sogenannte „kräftige Hühnerbrühe“ herstellen will, so erhält man, wie der Sachverständige befandete, höchstens ein aromatisches Salzwasser mit Fettungen. Im Publikum herrsche leider noch vielfach der Glaube, daß den aus diesen Würfeln hergestellten „Brühen“ irgend ein besonderer Nährwert innewohne, dies sei aber bei der Zusammenfügung der meisten Würfel nicht der Fall, es handle sich tatsächlich nur um ein nach Würze schmeckendes Salzwasser. Hierin liege eine wissenschaftliche Nahrungsmittelverfälschung. — Die Angeklagte verwarfte sich ganz entschieden dagegen, eine Nahrungsmittelverfälschung begangen zu haben, sie habe diese Würfel gerade jetzt sehr viel an Lazarette und Heilanstalten geliefert und volle Anerkennung erhalten. Das Gericht brachte in seinem Urteil zum Ausdruck, daß hier sogar ein sehr großer Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz vorliege. Das laufende Publikum, welches diese Würfel zu Tausenden ins Feld schicke, glaube damit den Kriegern eine nahrhafte Zubereitung zu lassen, während diese tatsächlich nur gefärbtes und aromatisiertes Salzwasser erhalten, welches, da auf 7000 Tassen Brühe das Fleisch eines Huhnes und vier Pfund Fett kommen, so gut wie gar keinen Nährwert hat. Da hier eine grobe Täuschung des Publikums vorliege, habe das Gericht auf eine Geldstrafe von 600 Mark erkannt.

Aus aller Welt.

Unerfreuliche Zeitbilder.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ eine Reihe von Vorkommnissen, die zeigen sollen, wie wenig Verständnis gewisse Kreise für die Not des Volkes aufzubringen vermögen. Wir geben in gekürzter Form diese Schilderungen nachstehend wieder:

1. Eine ältliche und äußerst schwächliche Frau, deren ältester Sohn und einziger Stütze seit Beginn des Krieges im österreichischen Heere dient, hat seitdem noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen. Ihre Besuche an das österreichische Konsulat blieben, wahrheitsgemäß, weil sie unverständlich waren, ohne Erfolg. In ihrer Not macht sie Pflestermischlein und läßt sie durch ihren noch schulpflichtigen Sohn verkaufen. Sie erhält ein Strafmandat wegen Gewerbevergehens und soll nun, da sie es nicht bezahlen kann, ins Gefängnis wandern.

2. In Weikstein wohnt eine Frau mit drei Kindern, die monatlich ganze 30 M. Kriegsunterstützung erhält, denn die Gemeinde verweigert ihr als einer neu Zugezogenen den Zuschuß. Da sie sich keine Schuhe kaufen kann, geht sie in Holzspantinen, die natürlich beim Gehen auf den Treppen Geräusch machen. Die Hauswirtin macht Anzeige wegen ruhestörenden Lärms und nun soll die Frau von ihrem fargen Einkommen 6 M. Strafe bezahlen.

3. Eine andere Frau hat bei einem Kaufmann 15 M. Schulden. Sie verpflichtet sich, alle 14 Tage von ihrer Unterstützung 2 M. abzugeben, doch der Kaufmann begnügt sich nicht damit und droht mit einer Klage.

4. In Bad Salzbrunn wohnt ein pensionierter Geistlicher. Zwei Hunde gehören zur Familie. Alle nur erdenklichen Lederbissen werden diesen Tieren zugesteht. Sie erhalten am Morgen saure Milch, am Mittag Gemüse oder Kartoffeln mit Sauce und Fleisch und am Abend geschmieretes Brot mit Leberwurst belegt! Das Dienstmädchen muß halb verhungern, und sie könnte es vor Hunger überhaupt nicht aushalten, wenn sie nicht das Glück hätte, den Hunden ihr Futter vorsehen zu müssen. Das ist wie gesagt, ihr Glück, da sie so Gelegenheit hat, sich vorher an dem

Gundefutter zu sättigen. Als Schmiere auf das Brot bekommt es nur dünnen Kunsthonig und Margarine.

Un glaublich erscheint's und doch ist es wahr! fügt die „Schles. Bergwacht“ hinzu.

5. In Schwarzwaldau im Kreise Landeshut residiert auf dem Dominium als Besitzer ein Herr v. Portatius. Der Herr läßt durch seine Angestellten eine wahre Treibjagd nach armen Kriegerfrauen, die sich ihr farges Einkommen durch Einsammeln von Pilzen und Beeren etwas aufbessern wollen, veranstalten. Wer dabei ertwischt wird, erhält ohne Gnade ein Strafmandat, und wer dieses nicht bezahlen kann, muß ins Gefängnis wandern! Selbst vor der größten Not und dem ehrsüchtigsten Alter wird nicht Halt gemacht. So wurde erst kürzlich einer 70-jährigen Frau, die von einer geringen Altersrente lebt, die Tasche mit dem mühsam gesammelten Inhalt abgenommen und der Frau obendrein ein Strafmandat gefandt.

6. In Rattowitz suchte eine Kriegerfrau eine Wohnung. Die Hausbesitzerin Scheer, Friedriche, 51, fragte bei der Nachfrage nach einer Wohnung, ob die Suchende eine Kriegerfrau sei, an solche vermiete sie grundsätzlich keine Wohnung. Um aber ganz sicher zu gehen, verlangte sie von jeder neuen Mietsvorteil einen schriftlichen Ausweis, daß der Mann völlig militärfrei ist!

Ähnliche Beispiele sind ja in der Presse schon häufig angeführt worden, und es waren leider nur einige von den vielen, die zu registrieren wären. Von der edlen Gesinnung, die der Krieg angehtlich in großem Maße hervorgerufen geeignet sei, ist in allen diesen Fällen veräußert wenig zu merken.

Erneute Erdbeben in Italien. Französische Blätter melden aus Rom, daß in Avezano ein starkes Erdbeben verspürt worden sei. Nur der erdbebensicheren Bauart der neuen Häuser, die seit dem letzten Erdbeben errichtet worden sind, sei es zu danken, daß größeres Unheil vermieden worden sei. Trotzdem befürchte man, daß die Zahl der Opfer beträchtlich sei.

Explosionsgefahr in Amerika. Die Reuters Bureau aus San Francisco meldet, ist ein mit 7000 Pfund Dynamit beladener Zug bei Vinola (Kalifornien) entgleist. Die Ladung explodierte, drei Eisenbahnbedientene wurden getötet und der Zug vollständig zerstört. — „Daily Mail“ meldet aus New York: Zwei Pulverfabriken in Wilmington und Delaware sind in die Luft geflogen. Die Fabrik der American Powder Action in Massachusetts und die Schrapnellfabrik Canton bei Baltimore sind beschädigt worden. Ein Zug mit Schießbaumwolle wurde in Gary bei Indiana beinahe zerstört.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. 101. 1. Die Kündigung ist zur rechten Zeit erfolgt. Und da der Wirt in der langen Zeit keinen Einspruch erhoben hat, so gilt sie als Recht. Auf das Gerede des Verwalters ist jedenfalls nichts zu geben. 2. Der Leihvertrag kann ohne weiteres nicht gelöst werden. Wenn der Leihgeber nicht mit der Wlung einverstanden ist, müssen Sie auf Lösung des Vertrages beim Gewerbeamt klagen. — H. S. 84. Ihr Mann hat für die Mietschulden. Wenn der Hauswirt jetzt den Mietschulden verringern will, so laden Sie ihn vor das Mietvertragsamt. — G. B. 3. Herrschaft; dienstantuglich. Nachmütterung kann noch erfolgen. — H. S. 100. Nein, das Testament ist in der Form rechtsgültig. — H. S. 9a.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag. Im Küstengebiet vielwolbig. Im Binnenlande zunächst heiter, später langsam zunehmende Bewölkung, überall weitere Erwärmung. Dann im ganzen Westen an vielen Orten leichte Regenfälle, schwache Gewitter.

Dankfagung.

Für die bei dem Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters und Schwiegervaters, des Hugen

Oskar Müller

erwiesene Teilnahme sage allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten, sowie dem Hausklub „Ranzland“ und den Mitgliedern des Hauses für die reichen Kranzspenden hierdurch herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe Anna Müller nebst Kindern Carmen-Elisabeth, 12 1/2.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner lieben, unergelichen Frau, unserer herzensguten, treuherzigen Mutter, Schwieger- und Großmutter sage ich hiermit allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Ferd. Schumann

Berlin-Friedenau, Obenwaldstr. 14.

Bekanntmachung.

Durch behördliche Anordnung wird etwa von Mitte September dieses Jahres an das Gas eine Veränderung erfahren, welche es unmöglich macht, die bisher etwa noch vorhandenen, vor Einführung des Ausschichts ähnlichen Schnittdrenner zu Leuchtzwecken zu benutzen und eventuell bei Benutzung dieser veralteten Brenner sogar zu Gefährdungen führt. Das Gas brennt jedoch in den bekannten, heute noch fast ausschließlich benutzten Gaslichtbrennern genau so gut wie davor. Da noch in einer Reihe von Hinterhäusern usw. Schnittdrenner im Betrieb sind, werden die Hausbesitzer dringend darauf aufmerksam gemacht, zur rechten Zeit für den nötigen Ersatz zu sorgen, d. h. Gaslichtbrenner an Stelle der Schnittdrenner einbauen zu lassen, z. B. sogenannte Altpulverbrenner und ähnliche, die neben einer besseren Lichtwirkung noch den Vorteil bieten, daß sie im Vergleich zu den Schnittdrennern weniger als die Hälfte Gas verbrauchen. 70/30*

Städtische Gaswerke Berlin.

Gasgesellschaft (Imperial Continental Gas-Assoziation).

Städtische Gaswerke Charlottenburg.

Städtische Gaswerke Neukölln.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Todes-Anzeigen

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 29. August mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Onkel

Max Dames

im 62. Lebensjahre. 2331 Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Helene Dames.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichshöhe statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein

l. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

4. Abt. Bez. 544.

Am Sonntag, den 29. August, verstarb unser Genosse, der Brüder

Max Dames

Waldener Straße 4.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt. Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand. 227/11

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

Wilhelm Mews

(Bezirk Norden)

am 30. August gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Honskirchhof in Niederhönhausen (Nordend) statt.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maler

Ernst Kosanke

(Bezirk Westen)

am 28. August in Neuruppin verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Erdbewertung. 138/19 Die Erdbewertung.

Verband d. Buch- u. Steindruckerehilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am 29. August verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied

Oskar Erdmann

im Alter von 47 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 2. September, nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Reutlinger Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

27/10 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeit. Deutschl. Filiale Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges starb im Reservelazarett in Berlin am 31. August unser langjähriges Mitglied, der Unteroffizier

Albert Petersdorf

im Alter von 45 Jahren. (Rechte Arbeitsstelle Drauerer Königsplatz.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Kirchhofes, Wälderstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand. 22/6

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe Mitgliederschaft Berlin, III. 3.

Nachruf.

Am 27. August verstarb unser Kollege, der Lithograph

Artur Lehmann

im Alter von 22 Jahren an einem Ungeheuren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand am 30. August statt. 108/16 Die Verwaltung der Filiale 3.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 6. August unser lieber Kollege, der Lathierer

Fritz Günther.

Wir verlieren in ihm einen unserer Eifrigsten, Besten. Er wird uns unvergesslich bleiben.

Die Leiterer der Firma Dittmann-Wittmann.

TYPOGRAPHIA.

Den werten Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied, Kollege

Karl Hübner

am 29. August nach langem Leiden im 55. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Südwest-Friedhof in Stahnsdorf statt.

Der Vorstand.

Am Dienstag, den 31. August 1915, früh, verschied im Reservelazarett St. Hedwig-Krankenhaus an den Folgen einer schweren, langen Krankheit, die er sich im Dienst für sein Vaterland zugezogen hatte, mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater, lieber Schwieger- und Onkel

Albert Petersdorff

Unteroffizier der Landwehr im Landsturm, Inf.-Abt., Detachement, I. Komp. Schwed. a. D.

im besten Mannesalter von 45 Jahren.

Berlin O 25, Barckstr. 8.

In tiefer Trauer

Emma Petersdorff

geb. Wettstädt nebst Kindern.

Familie Schulz

Familie Otto Petersdorff

Familie G. Petersdorff

Frankfurt a. O.

Familie Rieming

Familie Wettstädt

Max Herrmann und Frau

Paul Schulz und Frau

Familie Kottischlag

Frankfurt a. O. 12318b

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof in der Wälderstraße statt.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Max Dames

nach kurzem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshöhe aus statt.

Jährliche Mitgliedschaft erwartet

Die Ortsverwaltung. 22/14

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

(Sektion der Lagerhalter, Berlin.)

Am Sonntag, den 29. August, starb infolge Schlaganfalls im 53. Lebensjahre unser lieber Kollege

Robert Kotterba.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 2. September, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in Treptow-Baumhulsenweg statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand. 78/6

Wahlverein Wilmersdorf.

Am 17. August fiel auf dem Schlachtfelde unser Parteigenosse, der Aussteiger

Werner Graß

(Bezirksführer des ersten Bezirks Galessee)

im Alter von 21 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen lieben Freund und Parteigenossen, der stets mit Wort und Tat in jugendlicher Begeisterung für unsere Ideale eintrat.

Ehre seinem Andenken!

Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett an seinem 35. Geburtstag mein innigstgeliebter Mann, der Pionier

Willi Glum.

Das schönste Glück, was ich bis jetzt besessen, bleibt meinem Herzen untergefallen.

Im bitteren Schmerz

Frau Clara Glum,

Wilmersdorf Str. 17.

Wissen zu sein —

Zwei Worte, leicht zu sagen,

und doch so schwer.

Unendlich schwer zu tragen.

Borbel in Liebe, Hoffnung, Glück.

Sein Wunsch war nur ein Wiedersehen.

Den Geldentod erlitt durch Herzschlag am 11. August 1915 mein innigstgeliebter Mann, der treuherzige Vater meines einzigen Sohnes, der Kollege

Hermann Bade.

Im Namen der Hinterbliebenen

274 Hinterbliebenen u.

Frau Emma Bade.